

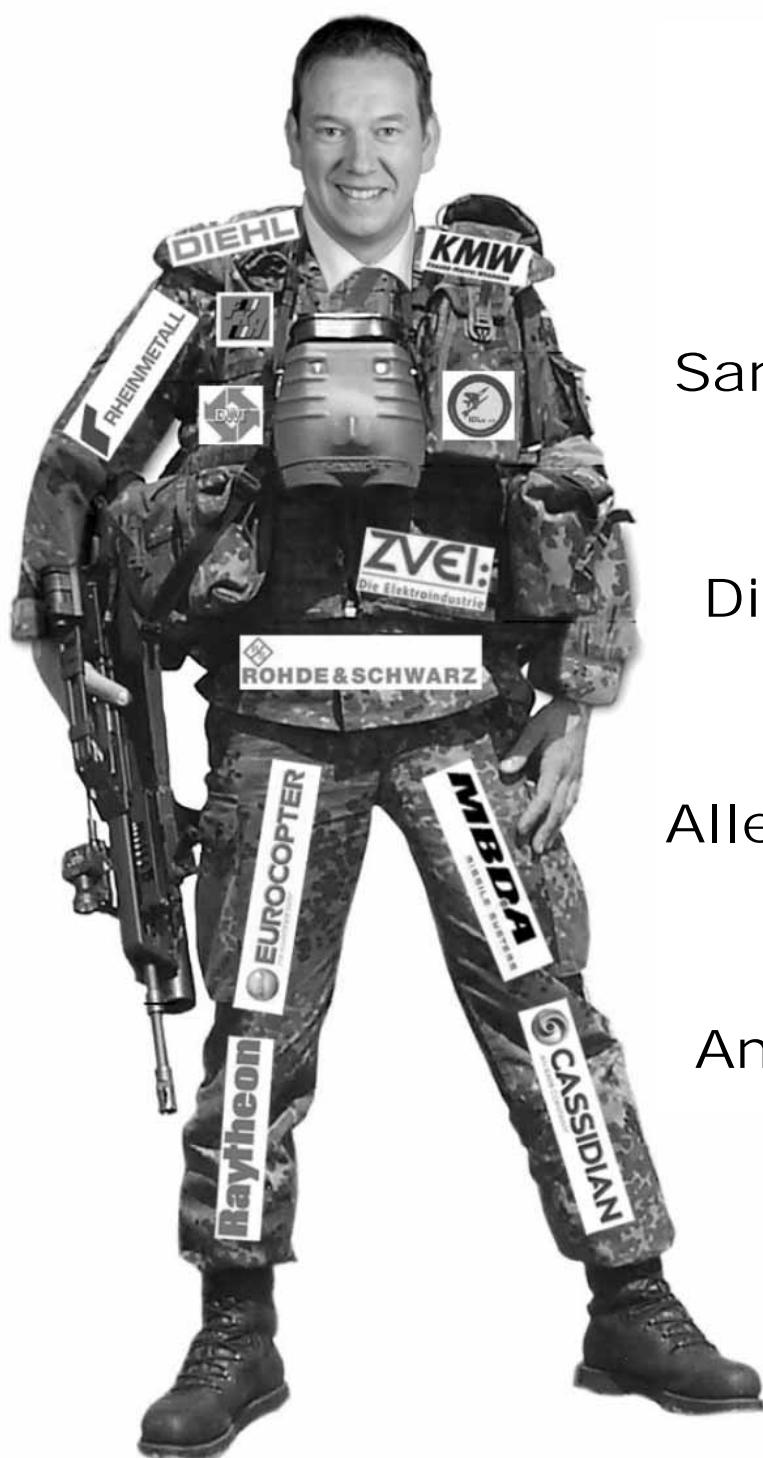
gratis!

revista

linke zeitung für politik und kultur aus celle

Nr. 65

Juni / Juli 2013



Celler Dialog
Masters of War

Jobcenter Celle
Sanktionsspitzenreiter

Unsere Zukunft
Die Stadt als Konzern

Demografie
Alles für die Wirtschaft

Hannes Razum
Anstoß von der Bühne

Weltmacht Indien

INHALT

Weiterentwicklung zur Gewährleistungskommune?	
Alptraum: Die Stadt als Konzern	3
Masters of War« zu Gast bei Henning Otte	
Celler Trialog reloaded	5
Celle niedersächsischer Sanktionsmeister	
Wer nicht spurt, kriegt kein Geld	8
Interview mit »Bunt – Sozial – Gerecht«	
Sanktionen sind grundgesetzwidrig	10
Demografischer Wandel	
Fast alles für die Wirtschaft	12
Meldungen	15
Laternengespräche	
Mit Herz und Verstand	18
Was Recht ist und was rechts ist	
Systemfehler Verfassungsschutz	20
Entgegen der kapitalistischen Logik	
Erster Umsonstladen in Celle	21
Interview »Antiziganismus« mit Sebastian Winter	
„Lustig ist das Zigenuerleben ...“	22
John P. Neeseln im Rosa Luxemburg Cluib	
Indiens Aufstieg zur Weltmacht	23
celler hefte zu Hannes Razum	
Anstoß von der Bühne her	25
Social Fiction Roman von Cornelia Sziget	
Gibt es einen Weg hinaus?	28
Blick nach Links # 8	
Fußball – der perfekte Tipp	29
Wiederentdeckt!	
Zeugnisse aus dem KZ Holzen	30
Termine in Kultur & Politik	31



HALLO

Es wird in Celle eine Revolution geben !!!

Wer bei Google die Stichworte »Revolution« und »Celle« eingibt, hat als ersten Treffer eine Facebook-Seite, auf der auch das Eingangszitat zu finden ist. Aber schon die drei Ausrufungszeichen lassen Böses ahnen. Und in der Tat: Ihr werdet hier nichts über Partisan_innen finden - sondern ausschließlich über PARTY-sanen. Es geht um ein Discotheken-Projekt, das wie folgt angepriesen wird: *„Es gibt 13 Theken, 17 Damen-Toiletten, 10 Herren-Toiletten sieben Themenbereiche und eine 300 Quadratmeter große "Vip-Lounge" Roter Teppich, fühle dich wie ein Star und lass dich auf dem roten Teppich ablichten.“*

1.146 mal »gefällt mir« zeigen, dass Größenwahn um unsere kleine Stadt keinen Bogen macht. Wir träumen so gern: von Universitäten, von Tiefen-Geothermie-Projekten, von Autobahnen – schade eigentlich, dass Langenhagen nicht ein paar Kilometer weiter entfernt liegt, sonst könnte Celle bestimmt auch noch einen Flughafen gebrauchen ...

Vor diesem Hintergrund gehört auch *»die Stadt als Konzern«* erst einmal nur zu diesem Reigen, aber: dieser Umbauplan könnte tatsächlich zu der *„sauren Zitrone“* werden, die in der letzten Ratssitzung als Metapher für die Haushaltssanierung gleich von drei unterschiedlichen Rednern bemüht wurde. Dass darunter auch ein Deutschlehrer diesen Pleonasmus bemühte ... Aber sie wollen anscheinend zu gern, dass wir in die Zitronen beißen, die sie uns auftischen. Und davon gibt's in diesem Heft einige. Und da uns die eingangs erwähnte Art der Revolution kaum weiterhelfen wird, heißt die Losung – in Abwandlung von Psalm 37 wieder mal: *„Bleibt im Land und wehrt euch redlich.“*

bis denne – eure revista

Impressum: „revista – linke zeitung für politik und kultur“, PF 1329, 29203 Celle
V.i.S.d.P.: Ralf Hübner, e-mail: revista@gmx.de; web: <http://www.revista-online.info/>
erscheint alle 2 – 3 Monate; liegt kostenlos in diversen Kneipen und Geschäften aus,
kann aber gegen Portokosten abonniert werden (5 Ausgaben für 5 EUR)
Konto: SKI e.V., Sparkasse Celle, BLZ 25750001, Kontonummer: 108099698

Diese Zeitschrift liegt kostenlos aus bei & im: Kino 8 ½, Weltladen, Buntes Haus, Cafe Wichtig, ver.di-Büro, BSG-Büro, Sternkopf & Hübel, Rio's, Gegen den Strich, Morlock

Alptraum: die Stadt als Konzern

Es klingt harmlos, wenn der Oberbürgermeister und eine Ratsmehrheit beschließen, sich von der »Kommunale Gemeinschaftsstelle für Verwaltungsmanagement (KGSt)« in Sachen „Haushaltskonsolidierung“ beraten zu lassen. Im Klartext geht es aber um nichts weniger als einen radikalen Umbau der Stadtverwaltung und der Leistungen, mit denen sie uns Bürger_innen bis heute noch „beglückt“. Privatisierung und Personalabbau stehen auf dem Programm, was auf der anderen Seite nichts anderes heißt als steigende Gebühren und weniger Leistungen. Im Jargon der Kommunalverwaltungstheoretiker nennt sich das dann: „Weiterentwicklung zur Gewährleistungskommune“. Das bedeutet kurz gesagt nichts anderes, als dass die Stadt Leistungen am besten nicht mehr selbst erbringt, sondern erbringen lässt. Und das beinhaltet gleichzeitig die Wende von einem Leitbild der »Bürgerkommune« hin zur »Stadt als Konzern«.

Am 16. Juni 2013 erläuterte der Geschäftsbereichsleiter der Beratung der KGSt, Dirk Greskowiak, dem Rat seine Vorstellungen. In einer dem Rat vorab mitgeteilten Beschlussvorlage werden die „Arbeitsschwerpunkte“ aufgelistet (siehe Kasten rechts). In Halle, wo Greskowiak als einen ähnlichen Job machen sollte – übrigens für ein Honorar von 180.000 Euro – wurde er von der Presse als „Sparkommissar“ betitelt. Beim Blick auf die von ihm vorgeschlagenen Arbeitsschwerpunkte, geht es aber um weitaus mehr. Im Zentrum steht die „Aufgabenkritik“. Was bedeutet das? Die Stadt soll klären, welche Aufgaben sie noch selbst erledigen will, welche Aufgaben sie auslagern kann (Privatisierung) und auf welche sie gleich ganz verzichten will. Und es ist klar: Wenn die Stadt am Ende gewissermaßen nur noch als Konzern-Holding agiert, wird eins zunehmend unwichtig – nämlich die Politik. Deshalb ist nicht von ungefähr als Ziel abgesteckt die „Priorisierung auf einige wenige Politikfelder“. Und dafür braucht es nur noch einen verkleinerten Rat, weniger Ausschüsse und Ortsräte schon gleich gar nicht. Unterm Strich läuft das – überspitzt gesagt – auf die Aufgabe dessen hinaus, was wir in Deutschland unter kommunaler Selbstverwaltung verstehen.

Vielleicht lohnt in dieser Hinsicht ein Blick in die Entwicklung. Kommunale Selbstverwaltung war in Deutschland zunächst geprägt vom Bild der »Ordnungskommune«. Die Städte und Gemeinden sollten an der Basis der Gesellschaft Sicherheit und Ordnung durchsetzen – die Polizei war lange eine kommunale Aufgabe. Viel wesentlicher wurde aber im 20. Jahrhundert die Erbringung von Dienstleistungen (Ver- und Entsorgung, ÖPNV, Krankenhäuser, Wohnungsbau, Straßenbau, Schulen und Kultur). Die Kommune erbringt Leistungen für ihre Bürger_innen, wobei sie zunehmend als Kund_innen verstanden wurden. Das hatte

Im Falle einer Beauftragung der KGSt schlägt Herr Greskowiak folgende Arbeitsschwerpunkte vor:

1. Überprüfung der Strukturen und Prozesse der Verwaltung

Dabei sollen die Bedingungen der Leistungserbringung überprüft und nicht zuletzt mit dem Erfahrungswissen der KGSt vor dem Hintergrund der bisherigen Beratungsarbeit abgeglichen werden. Für die Bewertung steht u. a. eine Liste mit über siebenhundert Konsolidierungsmaßnahmen zur Verfügung, die bundesweit aus Kommunen zusammengestellt wurde. Mit dieser Betrachtung wird auch die Frage verknüpft, inwieweit eine Weiterentwicklung der Stadt zur Gewährleistungskommune, d. h. Sicherstellung einer Leistung ggf. durch andere, angezeigt ist. In einer solchen Betrachtung wären neben der Kernverwaltung auch die Betriebe wie der Bauhof einbezogen.

Der Einbezug des politischen Systems der Verwaltung in die Betrachtung verbessert nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit. So sind aus Sicht der KGSt Effizienz- und Effektivitätsbetrachtungen auch zur Größe des Rates und des Verwaltungsausschusses, zur Anzahl der Ausschüsse und ihrer Funktionen sowie zum System Ortsräte erforderlich.

2. Überprüfung der Ober- und Fachziele und deren Anpassung

Nach erster Einschätzung sieht die KGSt hier größeren Diskussions- und Reduktionsbedarf. Die Zielstruktur ist wesentliche Voraussetzung für die Betrachtung der Aufgabenstruktur im Rahmen einer Aufgabenkritik. Das bisherige System lässt eine Priorisierung auf einige wenige wichtige Politikfelder noch nicht erkennen.

3. Überprüfung der Aufgabenstruktur der Stadt

Wenn die Ober- und Fachziele auf einige wenige wichtige Politikfelder reduziert sind, wäre es aus Sicht der KGSt möglich, die Aufgaben daran anzupassen. Die damit verbundenen Auswirkungen auf die Bevölkerung lässt sich nach den Erfahrungen der KGSt besser vermitteln, wenn zuvor der Rat und die Verwaltung ihren Teil zur Konsolidierung beigetragen haben (siehe Ziff. 1).

zwar den Vorteil, dass obrigkeitstaatliches Denken verschwand, gleichzeitig aber wurden sie so gewissermaßen zu Marktteilnehmer_innen.

Daran konnte die neoliberale Ideologie seit den 1980er Jahren anknüpfen, die predigt: Alles, was der Staat macht, kann die freie Wirtschaft besser – und so das Versprechen für die Bürger_innen: kostengünstiger. Gefördert auch durch die europäische Union wurden traditionelle kommunale Monopole durch Marktöffnung (wie bei der Energieversorgung) oder durch gesetzliche Verpflichtung zur öffentlichen Ausschreibung (wie beim ÖPNV) beseitigt. Die nächste Runde im Interesse der Konzerne betrifft bekanntlich die Trinkwasserver-

sorgung (siehe EU-Richtlinie).

Aber selbstverständlich ist das nicht alles: Gut 90 % aller kommunalen Dienstleistungen können ausgelagert und an Private vergeben werden, heißt es. Und damit sind wir beim neuen Leitbild der »Gewährleistungskommune«. Was ist das?

Gablers Wirtschaftslexikon definiert so: „Im Leitbild der Gewährleistungskommune ziehen sich Staat und Verwaltungen auf Kernaufgaben zurück. Sie gewährleisten nur noch, dass bisher öffentliche Aufgaben überhaupt erledigt werden. Ihnen obliegt es primär, Märkte zu schaffen und für die Aufgabenwahrnehmung deren Funktionsfähigkeit zu gewährleisten. Der Gewährleistungsstaat hängt somit unmittelbar mit Privatisierung, Deregulierung, aber auch Regulierung zusammen.“

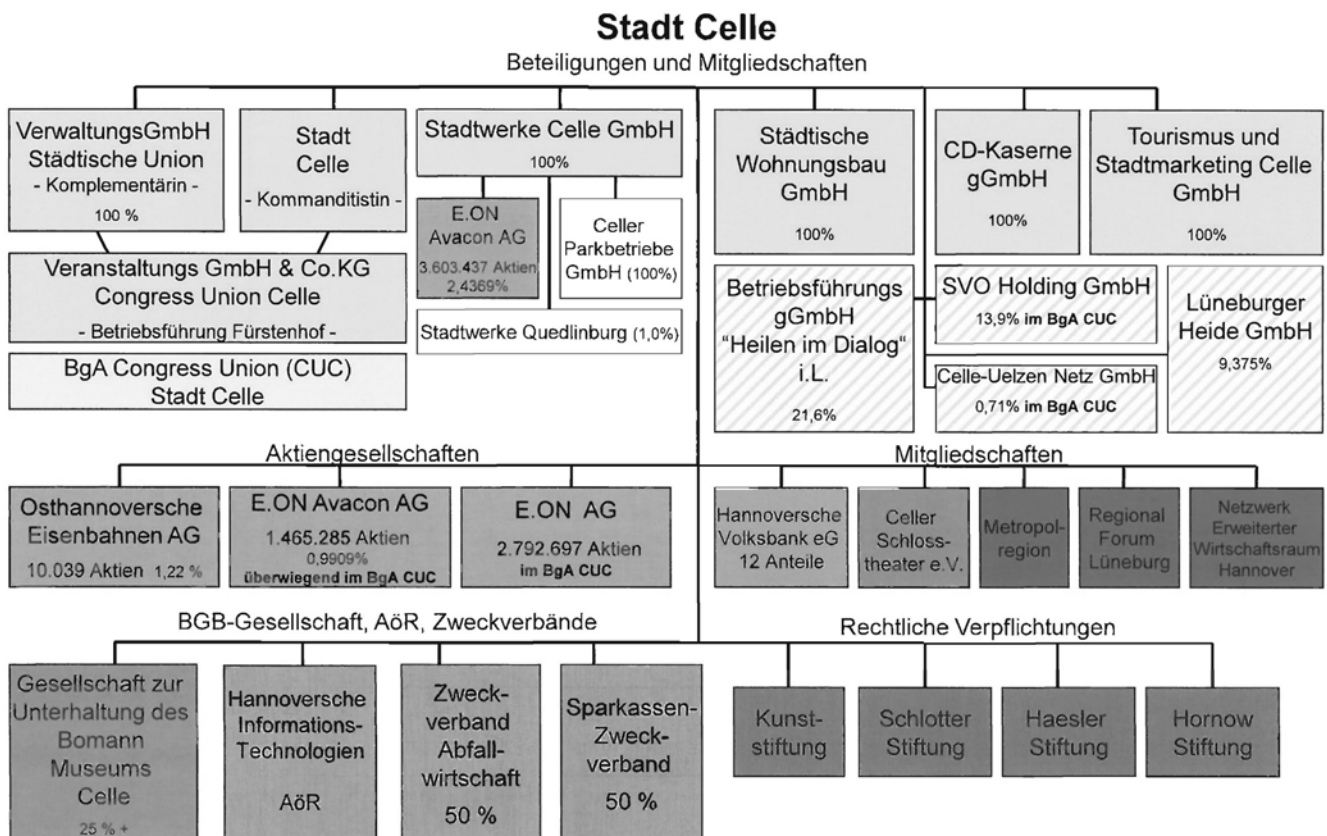
Nicht viel anders »Roland Berger Strategy Consultants«: „Die 'Gewährleistungskommune' der Zukunft leistet die Wahrnehmung ihrer hoheitlichen Aufgaben und gewährleistet die Durchführung der Aufgaben, die nicht zu diesem Kernbereich gehören. Diese Durchführungsaufgaben überträgt sie - wo immer möglich - entweder auf spezialisierte Anbieter (kommunaler) Dienstleistungen oder auf die Bürger.“

Der nächste Schritt ist dann der Umbau der Stadt zum Konzern, oder genauer zu einer »kommunalen Gewährleistungsholding«. Schon heute haben die Städte ein Gestrüpp an Beteiligungen an GmbHs, an Zweckverbänden oder halten wie die Stadt Celle Aktienvermögen. Celle hat sich vor einiger Zeit dazu entschlossen, ein so genanntes Beteiligungsmanagement einzuführen und

dafür auch eine neue Stelle einzurichten. Im letzten Beteiligungsbericht findet sich dann auch nicht von ungefähr der Begriff von der »Stadt als Konzern«. Die Grafik unten liefert einen Eindruck von der aktuellen Situation. Je mehr Bereiche »ausgliedert« werden, desto größer wird diese »Holding«.

Die Leitung dieses Konzerns hat dann der »Verwaltungsvorstand«, also der Oberbürgermeister und seine Dezernent_innen. Dem Rat bliebe entsprechend die Rolle des Aufsichtsrats, damit also nur noch eine Kontrolltätigkeit, vielleicht noch eine Beratungsfunktion des Vorstands. Diese politische Entmachtung könnte Kommunalpolitiker_innen schmackhaft gemacht werden durch allerlei Aufsichtsratsposten bzw. Mitgliedschaften in den Gesellschafterversammlungen der ausgegliederten Teile – in der Regel verbunden mit Aufwandsentschädigungen unterschiedlicher Höhe.

Was sich damit aber erledigt haben dürfte, ist eine Vorstellung von kommunaler Selbstverwaltung, die den Bürger_innen noch Einflussmöglichkeiten lässt. Sie können zwar noch den Verwaltungsvorstand, sprich Oberbürgermeister, alle acht Jahre wählen. Keinen Einfluss aber haben sie auf die Geschäftsführungen der Tochterunternehmen und auch zumeist keinen Einblick in die Bilanzen. Die Gemeinwohlverpflichtung, bei der heute noch der Erbringung städtischer Leistungen angenommen werden kann, schwindet zugunsten einer Strategie, die Gewinnabführungen an den Mutterkonzern ins Zentrum stellt. Mit dem Wandel in den Konzern verschwindet die Kommune.



Celler Trialog reloaded

Wer wissen will, was Rüstungslobbyismus ist, muss sich nur den Programmflyer zur Neuauflage des »Celler Trialog 2013« anschauen. Als Sponsoren werden aufgeführt: Rheinmetall, Cassidian, Diehl, Eurocopter, Krauss Maffei Wegmann, MBDA, Raytheon, Rohde & Schwarz. Dazu kommen die Lobbyistenverbände Interessengemeinschaft Deutsche Luftwaffe (IDLw e.V.), Förderkreis Deutsches Heer (FKH), Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. (DWT), Deutscher Bundeswehrverband (DBwV).

Das ist die Runde, der sich »unser« Wahlkreis-MdB Henning Otte bedient hat, um am 22./23. Mai - gewissermaßen als Privatveranstaltung - den Celler Trialog 2013 durchzuführen. Sein einziger Kooperationspartner ist die Deutsche Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. und ihre Studiengesellschaft. Aber da Otte gut vernetzt ist, hat er das hinbekommen, was er selbst „hochkarätige Runde“ nennt; in Celle waren u.a.: Thomas de Maizière (Bundesminister der Verteidigung), General Volker Wierer (Generalinspekteur der Bundeswehr), Hans Heinrich Driftmann (Ehrenpräsident des DIHK), Armin Papperger (Vorstandsvorsitzender der Rheinmetall AG), Simon McDonald (britischer Botschafter).

Kooperation mit der Wirtschaft

Otte verkündete im Vorfeld eine thematische Neuausrichtung mit „*Schwerpunktsetzung auf die Kooperation mit der Wirtschaft*“. Und er rühmte seinen Wahlkreis: „*Der Standort Celle ist mehr als nur symbolhaft für den industriepolitisch interessanten und zukunftssicheren norddeutschen Raum.*“ Besonders konkret hinsichtlich der Inhalte wurde Otte nicht: „*Unter dem Aspekt "Politik-Bundeswehr-Wirtschaft. Kooperation oder Konkurrenz?" soll der Celler Trialog zu einem unmittelbaren Gedankenaustausch über Ideen und Konzepte für die Gewinnung und den Austausch von Führungs- und Fähigkeitskompetenzen gereichen.*“ Im Programmflyer findet sich dann auch kein konkretes Thema. Aber wahrscheinlich war das auch nur ein Nebenaspekt. Während das eigentliche Programm rund fünf Stunden umfasste, waren zehn Stunden für Gespräche am Rande und beim Essen vorgesehen. „*Bilaterale Gespräche*“ heißt dies im Flyer, was nicht anderes bedeutet als face-to-face-Kommunikation zwischen Kriegswaffenproduzenten und ihren Auftraggebern und Abnehmern.

Das Thema »Vernetzte Sicherheit«, das die ersten drei Runden des Celler Trialog prägte, wird ganz offensichtlich abgelöst durch ein kaum vermänteltes Lobbyisten-Treffen. Es geht um Geschäfte, Geschäfte mit dem Tod. Denn die Rüstungskonzerne brauchen eine willfährige Politik, die ihnen die Türen für ihre profitablen Exporte öffnet.

Waffenschmieden als Sponsoren

Die CDU/FDP-Bundesregierung hat - wie Anfang Mai bekannt wurde - dem Export von 164 deutschen Panzern nach Indonesien zugestimmt. Das geht aus der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Grünen hervor. Rheinmetall hat vom geheim tagenden Bundessicherheitsrat eine Ausfuhrgenehmigung für 104 "Leopard"-Kampfpanzer, vier Berge- und jeweils drei Brückenlege- und Pionierpanzer nach Indonesien erhalten. Daneben darf der Rüstungskonzern weitere 50 Schützenpanzer vom Typ Marder 1A2 liefern. Weiter wurde ein milliardenschweres Rüstungsgeschäft von Krauss-Maffei Wegmann (KMW) über die Lieferung von 62 Leopard-2-Panzern und 24 Panzerhaubitzen 2000 mit Katar bestätigt.

Beides bekanntlich Staaten, die - ironisch gesprochen - höchsten Wert auf Minderheiten und die Entfaltungsmöglichkeiten politischer Opposition legen.



Schon 2011 hat die Bundesregierung die Genehmigung für den Export von 270 Leopard-2 A7+-Panzern nach Saudi-Arabien erteilt. Die Firmen Krauss-Maffei Wegmann und Rheinmetall sind die Profiteure dieses mörderischen Geschäfts. Rheinmetall rühmt sich: "Der Leopard 2 ist der leistungsfähigste Kampfpanzer der Welt und zugleich das Waffensystem mit der größten internationalen Verbreitung".

In Saudi-Arabien werden Menschenrechte mit Füßen getreten. Oppositionelle werden unterdrückt. 2011 hat Saudi-Arabien mit Panzern geholfen, die Demokratiebewegung im Nachbarland Bahrain zu zerschlagen. Der Leopard 2 A7+-Panzer ist speziell ausgerüstet für den Einsatz gegen Aufständische in städtischen Gebieten. Er eignet sich damit zur inneren Repression. Zugleich soll er evtl. in einem Krieg gegen Iran zum Einsatz kommen.

Diese Panzer-Exporte sind durch nichts zu rechtfertigen - außer den Geschäftsinteressen deutscher Waffenschmieden und deutscher geopolitischer Interessenabsicherung. Und so dürfte es nicht die pure Großherzigkeit sein, die Rheinmetall und Kraus-Maffei zu Sponsoren des "CELLER TRIALOG" macht, sondern reinsten Lobbyismus - in dessen Fängen (oder besser Reihen) sich "unser" Wahlkreisabgeordnete Henning Otte anscheinend sehr wohl fühlt.

Otte im Aufwind?

Auch für Otte selbst dürfte der »Trialog« mehr sein als eine bloße Wahlkampfveranstaltung. Er will hoch hinaus. Derart vernetzt sollte ein Staatssekretärsposten in der nächsten Bundesregierung drin sein, und wenn de Maizière demnächst abtreten muss, ist sogar der Stuhl des Ministers eine Option. Sollte das alles nicht klappen - die Rüstungsindustrie wird für einen derart engagierten »Mitarbeiter« sicher ein warmes Plätzchen in irgendeinem Vorstand oder Aufsichtsrat finden.

Proteste – eher ein laues Lüftchen

Die Proteste gegen den »Trialog« fielen eher verhalten aus. Das hängt zum einen damit zusammen, dass die Konferenz erst vierzehn Tage vor ihrer Durchführung öffentlich bekannt wurde. Zum anderen aber ist es leider auch so, dass Antimilitarismus in unserer Stadt keine Strukturen hat, die Protest organisieren könnten. So blieb es bei vereinzelt Aktionen (siehe Fotos).

Erfreulich war, dass sich die DGB-Vorsitzenden von Celle, Paul Stern, und vom Heidekreis, Charly Braun, in einer gemeinsamen Erklärung gegen den "Trialog" aussprachen; hier im Wortlaut:

„Die bevorstehende abgespeckte Neuauflage des "Celler Trialogs" ist mehr als nur eine Wahlkampfshow des CDU-Bundestagsabgeordneten Otte. Hier soll abgeschirmt von der Öffentlichkeit wieder einmal der Schulterchluss von Politik, Militär und Rüstungsindustrie vollzogen werden. Wir empfinden es als Provokation, dass nach der jüngsten Entscheidung über die Lieferung von Panzern nach Indonesien, dem Beharren auf eine weitere Aufrüstung der Bundeswehr mit Kampfdrohnen und dem Bekenntnis zur weiteren Stationierung von KSK und Bundeswehr in Afghanistan diese illustre Männerrunde in kommunalen Gebäuden tagen soll. Das Motto des Militär-Trialogs "Zukunft denken - Gegenwart gestalten" bedeutet für uns als Gewerkschafter allerdings: Weitere Abrüstungsschritte, ein sofortiges



Verbot von Rüstungsexporten und die Förderung konsequenter Friedenserziehung in unseren Schulen. Mit der Umstrukturierung der Bundeswehr für internationale Einsätze werden vor Ort Arbeitsplätze vernichtet. Die Politik sollte sich besser um Arbeit und Soziales kümmern, statt gemeinsam mit Militär und Rüstungslobby Pläne auszudeckeln, wie die Akzeptanz der Bevölkerung für mehr internationale Militäreinsätze und Rüstungsexporte gesteigert werden kann.“

Die Linke/BSG befand in ihrem Fraktionsblog:

„Wir finden ja, dass Celle eine halbwegs schöne Stadt ist. Wäre dem nicht so, wären wir längst weg. Wir können deshalb auch verstehen, dass viele Menschen mal für ein, zwei Tage zum Fassadengucken vorbeischauen. Gäste halt, deren Interesse wir nachvollziehen können. Manchmal gibt's aber auch Gäste, die wir nicht so gern hier haben. Und dies vor allem, weil wir den Zweck ihres Aufenthalts in den Mauern unserer Stadt nun überhaupt nicht teilen. Der CELLER TRIALOG gehört dazu.“

Wir waren ja eigentlich guter Hoffnung, dass dieses Treffen von »Sicherheits«-Politikern, Militärstrategen und Rüstungsindustrie vor vier Jahren ihr unrühmliches Ende gefunden hätte. In gewisser Weise ist es ja auch so, denn von den ursprünglichen Veranstaltern - nämlich Commerzbank, Bundeswehr und Landesregierung - ist niemand mehr dabei. Überflüssigerweise musste jetzt der CDU-Bundestagsabgeordnete Henning Otte in die Bresche springen und gemeinsam mit der Deutschen Gesellschaft für Wehrtechnik e.V. und ihrer Studiengesellschaft eine Wiederauflage des »CELLER TRIALOG« ins Leben rufen.

Wir hoffen - ehrlich gesagt - darauf, dass keine Traditionsveranstaltung daraus wird. Bis heute findet sich der Name unserer Stadt überregional am häufigsten im Zusammenhang mit dem Wort »LOCH«, womit bekannt-



lich nicht der Wohnwert gemeint ist, sondern eine üble Verfassungsschutzaktion am Celler Knast. Würde dies jetzt abgelöst durch »TRIALOG«, wäre dies noch eine Drehung übler.

Warum? Bob Dylan hat einen wichtigen Song über die Motive jener Herren geschrieben, wie sie sich jetzt in Celle treffen. Er nannte sie »Masters of War«. Hört man nur die erste Strophe, weiß man in etwa, was mit dem Begriff "militärisch-industrieller Komplex" gemeint ist:

Come you masters of war
 You that build the big guns
 You that build the death planes
 You that build all the bombs
 You that hide behind walls
 You that hide behind desks
 I just want you to know
 I can see through your masks. [...]

Die mit „Kein Grußwort“ überschriebene Erklärung endet so: „Kurzum - Wir sagen nicht: Auf Wiedersehen, sondern wir grüßen - ganz im Sinne von Dylans letzter Strophe - mit einem TSCHÜSS - AUF NIMMERWIEDERSEHEN! Und im Übrigen wusste schon Edwin Starr: War / What is it good for / Absolutely nothing“



Dem ist von unserer Seite nichts hinzuzufügen.

»Aktionistisch« wurden die »Kriegsherren« mit einem Transparent »Celler Trialog beenden – Für eine Welt ohne Krieg« begrüßt. In der Nacht zuvor war u.a. die Union mit einigen Parolen besprüht worden; die Polizei stellte die Personalien von drei Personen fest – eine Anzeige dürfte folgen.

Auf ihrem abendlichen Weg von der Union zum Schloss demonstrierten in der »Hochsicherheitszone« (so die Polizei) am Eingang der Westcellertorstraße ein Dutzend Antimilitarist_innen mit Transparenten und Sprechhören. Immerhin ein kleines Zeichen. Die »Zivilgesellschaft« hatte sich hinterm warmen Ofen verkrochen und die ach-so-friedliebende Jugend anscheinend gar nicht mehr mitbekommt, dass sich in ihrer Stadt die »Masters of War« versammeln.

Ach so: Die überregionale Berichterstattung fiel, sicher nicht zu Ottos Wohlgefallen, sehr dünn aus.



Wassernetzwerk Celle gegründet

Gegen die Privatisierung der Wasserwirtschaft hat sich im April das »Wassernetzwerk Celle« gegründet. Tragende Organisationen sind dabei attac, der Ortsverein von ver.di und der Verein »Wir für Celle«. Das Bündnis hat zwischenzeitlich eine Website eingerichtet, auf der sich alle Infos rund ums Thema finden (www.wassernetzwerk-celle.de).

Eine Unterschriftenkampagne wurde gestartet, zum einen in Form einer Unterschriftenliste, zum anderen als online-Petition auf der website; zugespitzt auf die Forderung:

„Die Abwasserwirtschaft in Celle, Klärwerk und Kanalbetrieb, muss weiterhin zu 100 % Eigentum der Stadt Celle und damit vollständig in kommunaler Verantwortung bleiben. Jede Form von Privatisierung oder Teilprivatisierung wird ausgeschlossen.“

Um überhaupt auf die Problematik aufmerksam zu machen, startete die Initiative darüberhinaus eine Postkartenaktion an den Oberbürgermeister (Motiv siehe unten). Auch auf der Maikundgebung des DGB fand der Protest seinen Ausdruck mit einem guten Dutzend Kanaldeckeln aus Pappe und der Aufschrift »100%« - und einer Rede.

Die Kampagne hat schon einen gewissen Druck aufgebaut, was sich in den gereizten Reaktionen von Oberbürgermeister Mende und den Großkopferten der SPD-Ratsfraktion zeigt. Man hätte das Ganze bis zur Abschlussreife wohl gern weiter in geschlossenen Räumen vorbereitet, aber damit ist's vorbei.

Kurz vor Redaktionsschluss gab es noch Erfreuliches. Da beschließt doch der Unterbezirksparteitag in seiner »Wathlinger Erklärung« am 18. Mai 2013: *„Nicht zuletzt werden wir auch bei Energie- und Wasserversorgung sowie Abfall- und Abwasserentsorgung dafür sorgen, dass weitere Privatisierungen verhindert werden.“*

Da weiß die Partei hoffentlich, an wen sie sich wenden muss: nämlich an Celles Oberbürgermeister Dirk-Ulrich Mende und die SPD-Ratsfraktion.



Wer nicht spurt, kriegt kein Geld

Erwerbslosigkeit beherrscht immer dann die Schlagzeilen, wenn die „Hartz-IV-Sauerei“ (BILD) aufgedeckt werden soll. Dabei geht es selbstverständlich nicht um das entwürdigende Zwangsregime, sondern um die „Drückeberger“. Anlass war diesmal im April die Statistik für das Jahr 2012: 1.024.600 Sanktionen verhängten die Jobcenter gegenüber Erwerbslosen, 98.900 (11 %) mehr als 2011. Was sagt diese Zahl eigentlich aus? Im Laufe eines Jahres sind knapp sechs Millionen erwerbsfähige Leistungsberechtigte mindestens eine gewisse Zeit innerhalb der 12 Monate auf Arbeitslosengeld II angewiesen, im Durchschnitt des 12-Monatszeitraums sind es knapp 4,5 Millionen. Da gegen eine Person immer mehrere Sanktionen ausgesprochen werden können, lässt sich sagen, dass gut eine halbe Millionen Menschen über das Sanktionsregime unter das Existenzminimum gedrückt wurden. Und da Sanktionen immer die gesam-

Bei genauerer Betrachtung der Zahlen ergibt sich, dass die allermeisten Sanktionen wegen so genannter Meldeversäumnisse verhängt werden. Und es ergibt sich auch, warum in Celle mehr Sanktionen verhängt werden als anderswo. Die Tabelle gibt die „Gründe“ an für die im Dezember 2012 neu ausgesprochenen Sanktionen in Prozent (der häufigsten vier Gründe):

	Celle	NDS	Bund
Weigerung Erfüllung der Pflichten der Eingliederungsvereinbarung	7	14	14
Weigerung Aufnahme oder Fortführung einer Arbeit, Ausbildung, AGH oder Maßnahme	6	11	10
Abbruch bzw. Anlass zum Abbruch einer Maßnahme	1	3	3
Meldeversäumnis	85	68	69



Es ist auffällig, dass in Celle im Vergleich zum Bundesgebiet und Niedersachsen überproportional Kürzungen wegen so genannter „Meldeversäumnisse“ verhängt werden, während die anderen „Gründe“ logischerweise dann hinter den Durchschnitt zurückfallen.

te Haushaltskasse einer so genannten Bedarfsgemeinschaft treffen, waren im Jahresverlauf direkt und indirekt wahrscheinlich tatsächlich über eine Million Menschen von Kürzungen der Leistung betroffen – und als Teil der Bedarfsgemeinschaften hochgerechnet auch mehr als 250.000 Kinder und Jugendliche.

Wenn flapsige Sprüche helfen würden, könnten wir jetzt die Ausgabe von Kalendern und Uhren an Celler Erwerbslose fordern. Denn woran sonst könnte es liegen, wenn es hier nicht klappt, dass Leute Termine einhalten. Die Wahrheit dürfte anders aussehen: Das Jobcenter Celle scheint es darauf anzulegen, durch häufige Ladungen einen besonders hohen Grad an Sanktionierungen zu erzielen. Das nun wieder wäre eine gezielte Strategie, die – wie die Vergleichszahlen zeigen – nichts mit dem individuellen Verhalten der Erwerbslosen zu tun hat. Und da hört jeder Spaß nun wirklich auf.

Die Sanktionsdichte ist regional unterschiedlich. In Berlin wird öfter sanktioniert als im Saarland. Noch gravierender sind die Unterschiede hinsichtlich der Kreise und Städte. Und hier sticht der Landkreis Celle in besonderer Weise hervor. Im bundesweiten Vergleich liegt Celle auf Platz 8 – bis auf Leverkusen sind die anderen Kreise ausschließlich in Bayern und Baden-Württemberg. Und in Niedersachsen liegt Celle damit eindeutig auf Platz 1, hier sind in Relation zur Zahl der Erwerbslosen die meisten Sanktionen verhängt worden. Im Monat Dezember hatten 3,4 % aller Erwerbslosen eine Kürzung, in Niedersachsen belief sich diese Quote auf 3,8 % - und in Celle waren es 6,3 %.

Materiell sowieso. Was bedeutet es eigentlich für die Betroffenen, wenn ihnen Leistungen gekürzt werden. Nehmen wir als Fallbeispiel eine alleinlebenden Erwerbslose. Sie ist von ihrem Fallmanager zu einem Gespräch über ihre berufliche Situation eingeladen worden. Schriftlich, aber von der – wie nicht nur Erwerbslose klagen – nicht immer zuverlässigen City-Post zugestellt oder eben auch nicht. Die Erwerbslose versäumt also ihren Termin. Nach § 32 SGB II kann das Jobcenter gegen sie eine Sanktion verhängen, die 10 Prozent des für sie maßgebenden Regelbedarfs umfasst und drei Monate dauert. D.h.: Gekürzt werden 10 % von 382 Euro = 38,20 Euro – und das für drei Monate (= 114,60 Euro).

Den Betroffenen hilft es immer wenig, wenn angesichts der Zahlen der BA-Chef Alt relativiert („Gemessen an der Gesamtzahl der Leistungsberechtigten haben die Jobcenter nur wenige Menschen sanktioniert.“) oder Bundesministerin von der Leyen die Erwerbslosen „in Schutz nimmt“ („96 Prozent verhalten sich korrekt.“).

Alt hat ja seine eigene Erklärung. Zurückzuführen sei der Anstieg der Sanktionen auf die gute Lage auf dem Arbeitsmarkt und eine intensivere Betreuung in den Jobcentern: „Wenn wir den Menschen mehr Angebote machen können, nehmen auch die Meldeversäumnisse zu.“ Selbst wenn dies für Bayern und Baden-Württemberg Gültigkeit haben sollte, wie die Statistik auch nahelegt – aber was hat Celle dann auf Spitzenplätzen zu suchen?

46 selbstständige Städte und Kreise gibt es in Niedersachsen. Und egal, um welche Betroffenengruppe es sich handelt: Immer liegt Celle unter den fünf Regionen mit den prozentual am häufigsten Sanktionierten (einzige Ausnahme: Ausländer_innen); einige Beispiele.

	insgesamt			U 25	
	NDS	3,8		NDS	5,0
1	Celle	6,3	1	Celle	10,9
2	Uelzen	5,7	2	Osterode	9,3
3	Osterode	5,6	3	Osnabrück	9,0
4	Friesland	5,5	4	Peine	8,1
5	Wilhelmsh.	5,2	5	Friesland	8,0

	Männer			Frauen	
	NDS	5,4		NDS	2,3
1	Celle	8,6	1	Celle	4,2
2	Osterode	7,9	2	Uelzen	4,2
3	Friesland	7,3	3	Friesland	3,9
4	Peine	7,2	4	Wilhelmsh.	3,6
5	Uelzen.	7,2	5	Osterode	3,4

Der Soziologe Stephan Lessenich von der Universität Jena sagte in einer Anhörung des Bundestages im Juni 2011 zu den Hintergründen folgendes: „Das Sanktionsregime gegenüber Erwerbslosen ist meines Erachtens der sichtbarste Ausdruck eines Sozialstaates, der sich als ein paternalistischer Erziehungsstaat versteht, der davon ausgeht, dass es Verhaltensprobleme der Arbeitsmarktakteure sind, die zu zentralen Problemen des Sozialstaates führen, dass es nicht nur Strukturprobleme sind, sondern das Fehlverhalten von Menschen und dass Menschen im Erwachsenenalter - Bürgerinnen und Bürger mit eigentlich politischen und sozialen Rechten - dazu gezwungen werden müssten, sich entsprechend einer angeblich richtigen Verhaltensweise auch auf dem Arbeitsmarkt zu gerieren.“

Und dass die Sanktionen nicht allein auf die Erwerbslosen zielen ist die These eines Projektberichts für die IG Metall aus dem Jahr 2008: „[Die Sanktionen] sind vielmehr auch ein wichtiges Element der Regulierung von Arbeitsbedingungen und dienen der Sicherung von Mindeststandards auf dem Arbeitsmarkt. [...] Je größer diese Risiken [etwa durch Entzug bzw. Kürzung der Leistung durch Sanktionen, Anm.] desto wichtiger wird der Erhalt des Arbeitsplatzes und desto eher sind die abhängig Beschäftigten zu Zugeständnissen im Hinblick auf die Beschäftigungsbedingungen (Entgelt, Arbeitszeit, Leistungsanforderungen usw.) bereit.“

Auch international steht das bundesdeutsche Sanktionsregime am Pranger. Die mit Sanktionen bedrohte Verpflichtung nach § 31 SGB II, jede zumutbare Arbeit anzunehmen, hält z.B. der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte für so problematisch, dass er die Bundesrepublik in seiner Sitzung im Mai 2011 öffentlich rügte. Die Bundesrepublik wurde aufgefordert, „sicherzustellen, dass seine Systeme zur Arbeitslosenhilfe die Rechte des Individuums zur freien Annahme einer Beschäftigung seiner oder ihrer Wahl ebenso wie das Recht auf angemessene Entlohnung“ respektieren.

In der bundesdeutschen Politik allerdings zeigt dies kaum Wirkung. Am 26. April 2012 kam es im Deutschen Bundestag zu einer namentlichen Abstimmung über einen Antrag der Fraktion DIE LINKE. über die Abschaffung der Hartz IV-Sanktionen. Aus der SPD-Fraktion gab es fünf Enthaltungen, bei den Bündnisgrünen 62 – mit Ausnahme der LINKEN (und einer Ablehnung durch eine_n Bündnisgrünen) stimmten alle anderen für die Beibehaltung der Sanktionen. „Wer nicht spurt, kriegt kein Geld.“ – Das bleibt die Haltung der SPD. Parteichef Sigmar Gabriel lehnte im April 2013 strikt die Forderung der Grünen ab, im Fall eines Regierungswechsels im September Sanktionen für unwillige Langzeitarbeitslose auszusetzen, bis die Vermittlung in den Job-Centern verbessert wird. „Das ist mit uns nicht zu machen“, sagte Gabriel der Süddeutschen Zeitung.

So bleibt zunächst nur die Hoffnung auf ein Erstarren der Erwerbsloseninitiativen und der sie unterstützenden Wohlfahrtsverbände und parlamentarisch wenigstens die Stärkung einer linken Opposition, die in der Chefin der Linkspartei, Katja Kipping, eine der entschiedensten Gegnerinnen des Sanktionsregimes hat.

Und: Wehren lohnt sich: Im Jahr 2009 waren beispielsweise 36,2 % der Widerspruchsverfahren und 53,6 % der Klagen gegen Sanktionsbescheide erfolgreich.

Interessante Informationen bietet die Broschüre „Wer nicht spurt, kriegt kein Geld. Sanktionen gegen Hartz-IV-Beziehende. Erfahrungen, Analysen, Schlussfolgerungen“, die zum download im Internet bereitsteht unter http://www.sanktionsmatorium.de/pdfs/wer_nicht_spurt_2_auf.pdf

Sanktionen sind grundrechtswidrig

Der gemeinnützige Verein »BSG - Celle 2012 Bunt - Sozial- Gerecht e.V.« gibt Erwerbslosen im »Büro« in der Neustadt 52 Tipps zur Selbsthilfe im Umgang mit der Agentur für Arbeit und dem Jobcenter. Wir sprachen mit Monika und Marcus vom BSG.

?: *Celle ist in Niedersachsen Spitzenreiter bei den Sanktionen, vor allem hinsichtlich der Kürzungen für so genannte "Meldeversäumnisse". Wie berätet ihr, wenn Betroffene mit einer solchen Sanktion bei euch auflaufen?*

!!: Bei den Meldeversäumnissen sollte zuerst geprüft werden, ob die Einladung den Empfänger überhaupt rechtzeitig erreicht hat. Das ist oft nicht der Fall. Die Einladungen werden manchmal so kurzfristig verschickt, dass sie den Empfänger erst nach dem Termin erreichen. Wichtig: Das Jobcenter darf bei versäumten Meldeterminen keine Leistungskürzungen vornehmen, wenn die Einladung nicht auf dem normalen Postweg angekommen ist. Kann das Jobcenter den Zeitpunkt des Zugangs eines Termins nicht nachweisen, darf keine Sanktion verhängt werden.

?: *Könnt ihr euch erklären, wieso Celle gerade bei den Meldeversäumnissen im niedersächsischen Vergleich absoluter Spitzenreiter ist?*

!!: Alle Sanktionen werden auch vor dem Hintergrund von Sparvorgaben verhängt, die das Bundesministerium für Arbeit und Soziales über die Bundesagentur für Arbeit den Jobcentern auferlegt. Immer wieder wird das »ehrgeizige« Ziel gesetzt, die existenzsichernden Leistungen zu senken und die Vermittlungsquote in den enger werdenden Arbeitsmarkt zu erhöhen. Vielfach sehen Mitarbeiter nur durch verstärkte Sanktionen die Möglichkeit, diese Zielvorgaben zu erreichen. Die Vermittlungsquote kann ohnehin nur durch den Zwang, zur Annahme ausbeuterischer und prekärer Beschäftigungsverhältnisse erreicht werden. Außerdem sind die Jobcenter nicht in der Lage, ausreichend vernünftige Angebote (Arbeit, Ausbildung, Maßnahmen) zu machen und greifen stattdessen auf das Mittel zur Disziplinierung zurück. Das Jobcenter im Landkreis Celle scheint ein besonderes Interesse daran zu haben, diese Sparvorgaben auch durch Sanktionen zu erfüllen.

?: *Es gibt ja auch härtere Sanktionen, die gleich mit Kürzungen von 30 % der Regelleistung beginnen. Um was handelt es sich dabei? Könnt ihr Beispiele aus der Beratungspraxis nennen?*

!!: Eine Kürzung um 30 % gibt es, wenn Arbeitslosengeld II-Empfänger sich weigern, eine angebotene Stelle, Arbeitsgelegenheiten oder eine aufgezwungene Maßnahme anzunehmen. Im Wiederholungsfall droht eine Kürzung um 60 %. Beispiele wollen wir hier nicht

nennen, weil wir die Beratung absolut vertraulich machen.

?: *Wie können sich Betroffene wehren?*

!!: Bei der Verhängung von Leistungskürzungen muss eine schriftliche Rechtsfolgenbelehrung vorangehen. Es reicht also nicht aus, wenn der Sachbearbeiter schreibt, dass bei Pflichtverletzungen Sanktionen drohen. Die Belehrung zu den Rechtsfolgen muss je Einzelfall konkret, verständlich und ausreichend begründet erfolgen. Ansonsten ist die Verhängung von Strafen nichtig und der Leistungsbezieher sollte Widerspruch gegen den Sanktionsbescheid einlegen. Zu der Rechtsfolgenbelehrung gab es bereits Urteile vom LSG Hamburg (Az. L 5 AS 78/09 vom 18.08.2010) sowie SG Gießen (Az. S 29 AS 676/11 vom 14.01.2013).

?: *Bei Jugendlichen unter 25 Jahren können die Sanktionen besonders hart sein. Da können sich die Kürzungen ja auch bis in die Kosten der Unterkunft hinein auswirken. Wie ist da der Ablauf? Und andere Frage: Welche Möglichkeiten der Beratung habt ihr da in der Beratung?*

!!: Weigert sich ein junger Arbeitsloser unter 25 Jahre z.B., eine zumutbare Arbeit, Ausbildung oder Arbeitsgelegenheit aufzunehmen, wird die Regelleistung für die Dauer der Sanktion ganz gestrichen. Lebensmittelgutscheine können beantragt, müssen aber nicht genehmigt werden. In diesem Fall werden lediglich die Kosten für Unterkunft und Heizung übernommen und regelmäßig direkt an den Vermieter gezahlt.





Bei über 25-Jährigen kann eine Nullsanktion bei der dritten Pflichtverletzung verhängt werden. Ob die Betroffenen schuldhaft gehandelt haben oder nicht: Im Sanktionsfall wird die ganze Bedarfsgemeinschaft bestraft - die Familie wird in Sippenhaftung genommen. Die Sicherung der Existenz wird nahezu unmöglich, Miet- und Stromschulden laufen auf.

Ist die Sanktion bereits verhängt, dann gilt es zu prüfen, ob der Betroffene einen wichtigen Grund für sein Verhalten hatte, der eine Sanktion ausschließt. Und: Selbst wenn die Sanktion vom Wortlaut des Gesetzes gedeckt sein sollte, empfehlen wir die rechtliche Gegenwehr. Schließlich ist die Härte der Strafen nicht verfassungsgemäß. Das Grundrecht auf Gewährleistung eines menschenwürdigen Existenzminimums aus Art. 1 Abs. 1 GG in Verbindung mit dem Sozialstaatsprinzip des Art. 20 Abs. 1 GG sichert jedem Hilfebedürftigen diejenigen materiellen Voraussetzungen zu, die für seine physische Existenz und für ein Mindestmaß an Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben unerlässlich sind.

?: Was geht unterhalb der gerichtlichen Auseinandersetzung?

!!: Ganz praktisch kann bei 18 bis unter 25 Jährigen die Sanktionszeit von drei Monate auf sechs Wochen reduziert werden. Erklärt sich der Bestrafte nachträglich bereit, seine Pflichten (zukünftig) erfüllen zu wollen, können in der 2. Sanktionsstufe die KdU (Kosten der Unterkunft) wieder an den Vermieter gezahlt werden. für ab 25-Jährige gilt: Der vollständige Leistungsentzug kann in eine 60%-Kürzung umgewandelt werden, wenn sich der Bestrafte nachträglich bereit erklärt, seine Pflichten (zukünftig) erfüllen zu wollen. Diese Abmilderungen der Strafe liegen aber im Ermessen des Jobcenters. Gibt es kein Entgegenkommen, hilft nur noch der Gang zum Anwalt und das sollte man auch zwingend tun.

?: Bundesweit gibt es ja einige Initiativen, z. B. das Bündnis für ein Sanktionsmoratorium. Was sind da die Forderungen?

!!: Schon vor Jahren haben wir uns dem Bündnis für

ein Sanktionsmoratorium angeschlossen, weil wir Sanktionen für grundrechtswidrig halten. Deshalb zitieren wir hier aus dem Aufruf für ein Sanktionsmoratorium vom August 2009: „Sanktionen sind Strafen ohne Gerichtsverhandlung. Offiziell gelten sie als sozialrechtliche Maßnahmen, nicht als "Strafe". Strafen gehört zum Strafrecht, und dort gibt es ordentliche Gerichtsverfahren mit dem Gelten der Unschuldsvermutung bis zur letzten Instanz. Der Sanktionierte hingegen wird durch bloßen Entscheid eines Angestellten mit Geldkürzungen bis hin zum völligen Entzug des Existenzminimums bestraft. Nicht Richter verhängen die Sanktion, sondern Job Center-Angestellte [...] Der gegenwärtige Sanktionsparagraf muss grundlegend überdacht werden. Dazu gehört auch, die sozialen Grundrechte mit Leben zu erfüllen, und ein prinzipielles Überdenken des Verständnisses von Arbeit und der Bedeutung von Erwerbsarbeit. Ein Weg dahin liegt auch in der Neubestimmung des Begriffs der Zumutbarkeit von Arbeit und der schlichten Rückbesinnung auf den Grundsatz der aufschiebenden Wirkung von Widersprüchen.“

Dies alles - die Änderung der Zustände in den Jobcentern und das Überdenken der gegenwärtigen Sanktionsregelungen - braucht Zeit. Währenddessen dürfen Erwerbslose nicht den derzeitig verbreiteten Sanktionspraktiken ausgesetzt werden. Hier kann nur ein sofortiges Moratorium, ein Aussetzen des Sanktionsparagrafen weiteres Leid und weiteren Rechtsbruch verhindern.

?: Die Linke fordert im Leitantrag des Parteivorstandes zum Wahlprogramm 2013 eine "sanktionsfreie Mindestsicherung", die Bündnisgrünen wollen ein Moratorium, bis - wie sie schreiben - "neue faire Regeln etabliert sind"; abschaffen wollen sie immerhin die verschärften Sanktionen für jugendliche Erwerbslose. Bei der SPD findet sich im Wahlprogramm nichts; die scheinen ganz zufrieden mit dem von ihnen eingeführten Sanktionsregime zu sein. Was meint ihr: Wird das Thema überhaupt eine Rolle spielen im Wahlkampf?

!!: Vor den Wahlen erinnern sich alle Parteien plötzlich wieder an die sozial benachteiligten Wähler. Selbst die niedersächsische Sozialministerin Cornelia Rundt (SPD) fordert ein Aussetzen der Strafen gegen Hartz-IV-Empfänger. "Die neuen Zahlen belegen, wie dringend wir ein Moratorium oder vergleichbare Maßnahmen brauchen", erklärte sie gegenüber der HAZ. Nach den Wahlen sind Themen wie Mindestlohn von 10 € (außer von der Partei Die Linke), der Gleichstellung von Leiharbeit, Aufstocker, geringes Rentenniveau usw. leider schnell wieder vergessen ... In eigener Sache möchten wir auf den Blog von Inge Hannemann, einer Arbeitsvermittlerin des Jobcenters Hamburg, die öffentlich auf die Missstände aufmerksam macht, hinweisen: <http://altonabloggt.wordpress.com/2013/04/11/meine-auseinandersetzungen-um-altonabloggt-und-den-akteuren/>

Von diesen Mitarbeitern wünschen wir uns viel mehr, in allen Städten besonders auch in Celle.

Stigmatisierend und diskriminierend? Darauf kommt es nicht an!

Wiswe besteht auf Gutscheinen

Der neue niedersächsische Innenminister Boris Pistorius (SPD) hat es auf dem Verordnungsweg den niedersächsischen Kommunen überlassen, ob sie Flüchtlingen Geld geben oder Gutscheine. Ergebnis: 26 Kreise beziehungsweise kreisfreie Städte von insgesamt 46 im Land wollen umstellen oder haben das schon getan. Wer sich aber weigert, ist Landrat Klaus Wiswe.

»Widerstand« gegen diese sture Haltung kommt vor allem aus der Stadt Celle. Oberbürgermeister Mende will Bargeld auszahlen und er wird dabei von SPD, Bündnisgrünen, WG und Die Linke/BSG unterstützt. Die SPD-Ratsfraktion hat einen Antrag eingebracht, in dem vorgeschlagen wird: Die Flüchtlinge sollen nach

der Gutscheinausgabe diese sofort an der Stadtkasse in Bargeld eintauschen können. Die Kreistagsfraktionen von SPD und Bündnisgrünen haben Anträge eingebracht, die auf eine Abschaffung der Gutscheinpraxis zielen und voraussichtlich am 26. Juni im Kreistag abgestimmt werden. Es könnte eine Mehrheit geben, wenn die WG aus ihrem Bündnis mit CDU/FDP ausschert.

Um die unterschiedlichen Positionen deutlich werden zu lassen, dokumentieren wir einen von Helga Habekost initiierten »Offenen Brief« an Landrat Wiswe und die Antwort der Kreisverwaltung. Den »Offenen Brief« haben neben dem DGB auch AWO, Caritas und VHS unterschrieben

Sehr geehrter Herr Landrat Wiswe,

mit Schreiben vom 27.02.2013 hat das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport seine bisher vertretene Rechtsauffassung zur Gewährung von Grundleistungen gem. § 3 Abs. 2 AsylbLG aufgegeben. Es überlässt den Leistungsbehörden jetzt, „ob die Leistungen zur Deckung des physischen Existenzminimums in Form von Wertgutscheinen [...] oder von Geldleistungen gewährt werden.“

Wir möchten Sie dringend bitten, diese Möglichkeit zu nutzen und für die Städte und Gemeinden im Landkreis Celle die Umstellung auf Gewährung von Geldleistungen zu verfügen, oder ihnen dies ebenfalls freizustellen.

Wie Sie wissen, haben einige der Unterzeichnerinnen und Unterzeichner sich schon in der Vergangenheit für die Abschaffung der Gutscheinpraxis stark gemacht.

Denn mit Gutscheinen ist es den Asylsuchenden unmöglich, z.B. Medikamente in Apotheken, Busfahrtscheine in Bussen, Briefmarken oder ein Eis in der Eisdiele zu kaufen. - Da die Geschäfte nicht verpflichtet sind, Gutscheine entgegenzunehmen, sind die Einkaufsmöglichkeiten eingeschränkt, Garantieleistungen kaum möglich (da häufig keine Quittung erhältlich) und auch die Wechselgeld-Rückgabe macht Probleme.

Sehr geehrte Frau Habekost,

Herr Landrat Wiswe hat mich gebeten, Ihren o.g. Brief zu beantworten.

Nach der aktuell geltenden Fassung des Asylbewerberleistungsgesetzes gibt es einen Vorrang der Wertgutscheine vor der Barauszahlung. Die vorliegenden (ober-)gerichtlichen Entscheidungen bestätigen diese Auslegung der gesetzlichen Formulierung ausdrücklich.

Das Bundesverfassungsgericht hat zwar die Höhe der Leistungen nach § 3 AsylbLG für verfassungswidrig erklärt und insoweit eine Übergangsregelung getroffen; die Regelungssystematik des AsylbLG hat es aber ausdrücklich unangetastet ge-

Die Ausgabe von Gutscheinen wird von Flüchtlingsinitiativen als Demütigung und Stigmatisierung der Betroffenen kritisiert.

Für die Kommunen ist das Gutschein-Verfahren durch den bürokratischen Aufwand insgesamt ja sogar teurer als die Auszahlung von Bargeldleistungen und verfehlt den Gedanken der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung. Auch für die einlösenden Geschäfte stellt die Abwicklung einen erheblichen Mehraufwand dar.

Unterdessen gehen in Niedersachsen immer mehr Gemeinden den Weg der Bargeldleistungen nach AsylbLG. Wir würden uns freuen, wenn Sie möglichst rasch die Abschaffung der Gutscheinpraxis auch im Landkreis Celle in die Wege leiten würden.

Mit freundlichen Grüßen / Helga Habekost

MIT - UNTERZEICHNER: SPD-Fraktion, Celle: Jürgen Rentsch; WG-Fraktion, Celle: Torsten Schoeps; Die LINKE.BSG-Fraktion, Celle: Oliver Müller und Behiye Uca; AWO, Celle: Manfred May; DGB, Celle: Paul Stern; Caritas, Celle: Mechthild Schulze; Arbeitskreis Ausländer, Celle: Horst-Peter Ludwigs; Forum gegen Gewalt: Matthias Richter-SteinkeL; VHS, Celle / Projekt Arbeitsmarkt-Zugang für Bleibeberechtigte und Flüchtlinge: AZF II Liliane Steinke / Evelyn Rzymelka; Marlies Petersen, Eschede - Susanne Seitz, Celle - Georgia Langhans, Celle - Bernd Zobel

lassen und ausgeführt, dass die Entscheidung des Gesetzgebers in § 3 Abs. 2 Satz 1 AsylbLG, zur Deckung des existenzsichernden Bedarfs vorrangig Sachleistungen (bzw. nachrangige Leistungsarten, vgl. BVerfG aaO, Rdnr. 134 a.E.) vorzusehen, durch die vom BVerfG getroffene Übergangsregelung nicht berührt wird (Rdnr. 135). Anderweitige Gerichtsurteile liegen mir nicht vor.

Vor diesem Hintergrund gibt es derzeit eine klare Rechtslage, die sich durch eine bloße Verwaltungsvorschrift wie den Erlass des Nds. Ministeriums für Inneres und Sport vom 27.02.2013 nicht geändert hat. Auf die Frage, ob diese Rechtslage gefällt, oder ob die Gewährung von Gutscheinen stigmatisierend bzw. diskriminierend ist, kommt es vor dem

Hintergrund der klaren Rechtslage überhaupt nicht an.

Der Nds. Minister für Inneres und Sport, Herr Pistorius, hat anlässlich der Landkreisversammlung am 11.04.2013 erläutert, dass mit dem neuen Erlass keine Regelung verbunden sei, sondern lediglich der alte Erlass mit seiner die Anwendung des Asylbewerberleistungsgesetzes einengenden Auslegung aufgehoben worden sei. Das Asylbewerberleistungsgesetz als geltendes höherrangiges Recht beinhalte grundsätzlich einen Vorrang der Wertgutscheine vor genereller Barauszahlung, von dem nur bei Vorliegen ganz besonderer Umstände abgewichen werden könne. Eine freie Auswahl gebe es nicht.

Besondere Umstände, die eine Abweichung rechtfertigten, sind im Landkreis Gelle nicht ersichtlich.

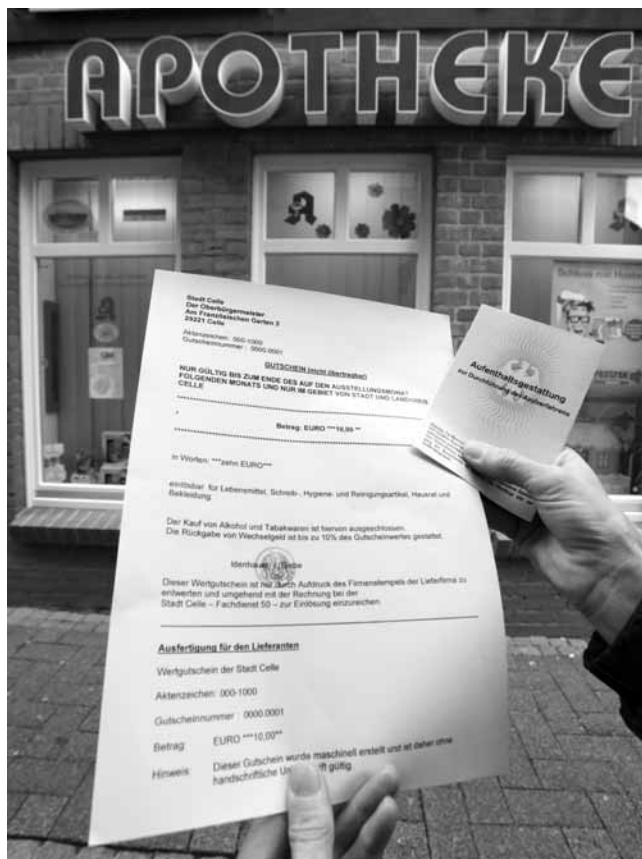
Ich kann deshalb an diejenigen die eine andere Praxis wünschen, nur appellieren, dies auf dem rechtsstaatlichen Weg einer Gesetzesänderung durchzusetzen. Der Nds. Minister für Inneres und Sport hat angekündigt, dass sich Niedersachsen auf Bundesebene für eine solche Änderung einsetzen werde.

[...] Bis zu einer entsprechenden Gesetzesänderung wird es im Landkreis Celle bei der bisherigen Leistungsgewährung bleiben.

Mit freundlichen Grüßen In Vertretung

(Krüger) Erster Kreisrat

Foto rechts: Keine Apotheke löst Gutscheine ein.



Demografischer Wandel

Fast alles für die Wirtschaft

Manche Gutachten oder Berichte zu lesen, ist eher eine Strafe; andere sind lehrreich und lebendig. Der Bericht über den »Demografischen Wandel« in der Stadt Celle gehört leider nicht zu den letzteren. Die Verwaltung hat im März ein 112-seitiges Diskussionspapier zum Demografischen Wandel für Celle vorgelegt, das als Grundlage für die weitere Beratung dienen soll und eine Maßnahmenplanung durch den Rat zum Ziel hat. „Das Papier setzt sich insbesondere mit der besonderen Situation in Celle auseinander und geht bei seiner Betrachtung weiter, als es bisherige Publikationen mit dem Blick auf alle Handlungsfelder des demografischen Wandels tun,“ lobt sich die Verwaltung.

Das Diskussionspapier selbst reiht - scharf formuliert - eine Plattitüde an die andere, Bekanntes an Bekanntes, versucht sich in verschrobenen Sätzen und wird an den entscheidenden Stellen schlicht neoliberal.

Ausgangspunkt ist das vermeintliche Problem, dass die Menschen in Deutschland weniger Kinder bekommen und älter werden. So auch in Celle. Die Einwohnerzahl soll bis Ende 2030 um etwa 5900 Einwohner_innen (das sind 8,5 %) abnehmen auf dann exakt (!) 63.819 Einwohner. „Generell lässt sich feststellen, dass sich der Rückgang der Bevölkerung nur durch bedeutsame

Wanderungsgewinne abbremsen lässt. Dazu bedarf es der erforderlichen Attraktivität.“ Und dann kommt da auch nicht ein brauchbarer Vorschlag. Einfach ärgerlich ist es, dass in der Hochrechnung einfach nicht erläutert wird, von welchen »Wanderungsgewinnen« ausgegangen wird: von null, 50 oder 250 pro Jahr. Letzteres würde die Hochrechnung gravierend verändern. Die Autoren_innen scheinen auch davon auszugehen, dass die Lebenssituation von vielen Frauen im Jahr 2030 ähnlich schlecht sein wird wie heute: bei ungesicherter Zukunft - befristete Verträge, schlecht bezahlt, ohne Tarif, Schicht, Teilzeit usw. - verabschieden sich viele Frauen vom Kinderwunsch. Für die Autoren_innen ist der ganze Aspekt kein Thema.

„Wir werden bunter“, heißt es sodann. Erwartung kommt auf. Im Jahr 2011 sind von den Celler Einwohner_innen 80 % (»Bio«-)Deutsche, 9 % Eingebürgerte mit Migrationshintergrund, 5 % Aussiedler_innen und 5 % Nicht-Deutsche. Gespannt schaue ich, wie denn wohl die Zahlen für 2030 aussehen mögen, und stelle fest: Es gibt einfach keine, null Hochrechnung.

„Wir werden (voraussichtlich) ärmer“, heißt es danach. Die Autoren_innen meinen damit die Rentner_innen und wissen auch Rat: „Die Lösung, einer Altersarmut zu

begegnen, besteht in einer verlängerten Lebensarbeitszeit und [...] anderen Regelungen bei den Möglichkeiten des Hinzuverdienens zur Rente.“ So schlicht ist Neoliberalismus bzw. Kapitalismus: Die Armen sollen gefälliger mehr und länger arbeiten. Die Reichen zählen ihre Dukaten und die anderen tragen mit 70 Jahren Zeitung aus. Den Autoren_innen kommt nicht in den Sinn, bei dem immer größer werdenden Reichtum in dieser Gesellschaft über höhere Besteuerung bzw. Verteilung von Erbschaft und Vermögen nachzudenken.

Für die prognostizierte Demografieentwicklung schlägt der Bericht vor, sich bei den vielen kommunalen Aufgaben auf drei Bereiche zu konzentrieren: „Wirtschaft, Bildung und solide Kommunalfinanzen“. Alles soll auf die Frage zugespitzt werden, „was macht den Standort Celle für die Wirtschaft attraktiv.“ Fragen des Klimawandels und Umweltschutzziele tauchen von daher erst gar nicht auf. Wie die Springquellen des Reichtums, Mensch und Natur, gehegt und gepflegt werden sollen, ist nicht Sache der Autoren_innen.

Im zweitwichtigsten Punkt »Bildung« werden immerhin Kitas, Ganztagschulen und Gesamtschulen protegert, ansonsten dreht es sich darum, wie Wirtschaft und Öffentlicher Dienst die notwendigen Arbeitskräfte bzw. Facharbeiter_innen bekommen - und das auch in Zukunft. „Auffällig ist das überproportional hohe Wanderungssaldo der 18 - 24-jährigen.“ Das wussten wir auch schon vor gut 30 Jahren. Während die Kleinstädte Vechta und Suderburg mit ihren Fachhochschulen Furore machten, sorgte sich das Celler Bürgertum und OB Hörstmann (CDU) um die Unschuld ihrer Töchter. Und was fällt den Autoren_innen für die Zukunft ein? Wir ahnen es. Celle solle sich doch darum bemühen, Standort für eine Hochschule (!) oder Fachhochschule zu werden; im Bereich der Erziehung bzw. Erziehungswissenschaft und das Ganze in der Kaserne Hohe Wende. Echt toller Vorschlag. Und falls das doch nicht klappen sollte, könne sich Celle doch vielleicht darum bemühen, zentraler Ausbildungsort für das Polizei- oder Justizwesen zu werden. - Oh Nein!



Mit Karikaturen wie dieser wird das Bild von gravierenden Auswirkungen »der« Demografie gezeichnet, das mit der Wirklichkeit kaum etwas zu tun hat

Beim dritten Punkt »solide Kommunalfinanzen« - wer will das eigentlich nicht? - zeigen die Autoren_innen ganz offen, welche Interessen zu vertreten sind. Die Palette ist umfangreich und wenig verschlüsselt:

- „Neue Kooperationen wie PPP (Private Publik Partnership, d.V.) ... unterstützen die Politik.“
- „bedeutsame Kürzungen vorzunehmen im gestaltbaren Bereichen.“ Die Bereiche also, die keine Pflichtaufgaben sind.
- „Synergien und Einnahmen aus der Wasserversorgung“;
- „braucht die Stadt eigene Straßenbauer?“ (= 24 Planstellen);
- „Unterhaltung der Grünflächen [...] mit Einrichtungen der Behindertenhilfe“
- „sämtliche manuelle Aufgaben“ sind zu prüfen.

Privatisierungen, Teilprivatisierungen, Kürzungen und Gebührenerhöhungen - so einfach ist das Credo des Neoliberalismus, begründet mit der Demografie.

P.S.: Im Anhang präsentiert der Bericht einen umfangreichen »Demografiemonitor«, eine Art Matrix für umfangreiche Datenerhebungen zu Celle: zur Bevölkerungsentwicklung, zum Alter, zum Geschlecht, zur Entwicklung der Migration, Zu- und Abwanderung, zur Geburtenrate, zum Alter der Mütter, wie viele verheiratet oder Alleinerziehend, zur Situation auf dem Wohnungsmarkt usw. usw. 12 Seiten Datenerhebung, die zum Teil mit dem Ist-Stand ausgefüllt sind und wohl jährlich von der Verwaltung fortgeschrieben werden sollen. Für Statistikfans ein Eldorado! Im Anhang werden auch vier »Leuchtturmprojekte« für die Zukunft vorgestellt. Das »Leuchtturmprojekt« des Fachbereichs 7 bezieht sich auf das Celler Bürgerbüro. Das soll zukunftsfit werden, indem ein »Mobiles Bürgerbüro« (das fährt durch die verschiedenen Stadtteile) eingerichtet wird mit einer halben Planstelle und einem umfangreichen E-Koffer mit Notebook, Drucker, Digitalkamera usw. So wird aus ein bisschen sinnvoller Neuerung schnell mal ein »Leuchtturm«.

Wir wollen nicht vergessen, etwas Positives zu erwähnen. Dem Stadtrat wird im Leuchtturmprojekt FB 2 vorgeschlagen, sinngemäß etwa folgendes zu beschließen: „Der Rat der Stadt Celle erkennt die Bedeutung der kulturellen Leuchttürme Schlosstheater, Celler Museen, Stadtbibliothek und Stadtarchiv im Umgang mit den Folgen des demografischen Wandels. Die finanzielle und personelle Ausstattung muss gewährleistet werden. Grundsätzlich besteht die Bereitschaft, die dafür erforderlichen Ressourcen zur Verfügung zu stellen.“ Dann stellt sich aber doch die Frage, ob sich die CD-Kaserne als kulturelles Veranstaltungszentrum jetzt Sorgen um den weiteren Betsand machen muss ...

Quellen: Demografischer Wandel Diskussionspapier und Demografiemonitor für Celle (Stand: 22.02.2013), (http://celle.allris-online.de/bi/___tmp/tmp/45081036823350388/823350388/00048888/88-Anlagen/02/AnlageBV-0079-13.pdf)



Weihnachtswäldchen

Eine schöne Beschreibung des „Weihnachtswäldchens“, für das der Wochenmarkt weichen musste, lieferte die CZ zu Ostern 2013: „Tannenbäume rund um eine Stoffbahn, die als Sichtschutz vor einem guten Dutzend Holzbuden drapiert worden ist, ein bisschen auf den Boden gestreute Holzschnitzel und noch ein paar Nadelbäume zwischen den Ständen - so sah im vergangenen Jahr das großartig angekündigte Wäldchen auf dem Celler Weihnachtsmarkt aus, das auf der Stechbahn aufgebaut worden war.“ So war das wohl, über die Kosten dieses ach so stimmungsvollen Projekts herrscht bis heute öffentliches Stillschweigen. (CZ, 30.03.2013)

Kein Aprilscherz?

Zugegeben: Erst dachten wir an einen Scherz als CelleHeute am 1. April verkündete, Peter Müller würde fortan für das Online-Portal von Peter Fehlhaber fotografieren und habe der Celleschen Zeitung adieu gesagt. Aber es ist wohl so, wenngleich Müllers Kontaktdaten Mitte April noch auf der Internetseite der CZ zu sehen waren. (01.04.2013)

Klirr

In der klirrendkalten Nacht von Oster-sonntag auf Ostermontag klirrten auch die Schaufensterscheiben des Tattoo-Shops in der Hannoverschen Straße. Die insgesamt vier Steine verursachten nach Polizeiangaben einen Schaden von mehr als 1000 Euro. Die Inhaber_innen des Ladens werden der Neonazis-Szene zugerechnet. (02.04.2013)

Lernfähig

Als „lernfähig“ erweist sich der Aufsichtsratsvorsitzende der Celler Tourismus und Marketing GmbH (CTM), Bernd Zobel (Bündnisgrüne). Vor einem Jahr hatte er für das Altstadtfest

noch kein einziges gutes Wort übrig und wollte es für immer beerdigen. Wer wie Oliver Müller (BSG) die Weiterführung des Altstadt-fests wolle, habe – so Zobel seinerzeit – ein „verklärtes Bild“ und betreibe „Populismus“. 2012 fiel das Altstadtfest aus, dieses Jahr gibt's im September eine von der Celler Rockmusikinitiative (CRI) organisierte »Ersatz«-Veranstaltung. Aber nächstes Jahr will die CTM wieder dabei sein und das Fest mit 20.000 Euro unterstützen. Und Bernd Zobel: „Ich glaube, die Richtung stimmt“. (09.04.2013)

Hakenkreuz entfernt

Anfang April ließ Barilla (formerly known as WASA) ein Hakenkreuz entfernen, das in schwindelerregender Höhe in das Getreidesilo an der Hafensstraße eingemauert war. Ein CZ-Leser hatte die Redaktion darauf hingewiesen, dass Maurer dort kurz nach Kriegsende mit schwarzen Steinen das Symbol des Hitler-Faschismus in den Backsteinbau "eingemauert" hätten. Barilla, von der CZ informiert, ließ daraufhin mit Hebebühne und einigem Aufwand einige der schwarzen Steine ersetzen. (13.04.2013)

Der alte Notar Bolamus

Mit seiner Reihe »Erlebtes im Celler Land« erinnert uns der Museumsverein immer mal wieder daran, warum so viele unsere kleine Stadt als Hort der Reaktion erlebt haben. Im April durfte der frühere Direktor des Ernestinum, Werner Holthausen, einiges aus seinem Leben zum Besten geben. Von 1971 bis 1997 leitete der das »ehrwürdige« Gymnasium und habe diesem - so die CZ - „seinen Stempel aufgedrückt und Stoff für die Erinnerungen zahlreicher Celler Schülergenerationen geboten“. Viele hätten auf die allermeisten der Gegebenheiten mit Holthausen, die Stoff für Erinnerungen bieten, liebend gern verzichtet. Von den an »Reaktionären« unter Celles Schulleitern nicht gerade schmalen Auswahl dürfte Holthausen für die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts kaum widersprochen einen Spitzenplatz belegen. (12.04.2013) - Auf Augenhöhe aber dürfte schon Jürgen Zander rangieren, zwischen 1980 und 1999 Direx des Hölty. Ihm widmete die CZ ein Portrait in ihrem Format »Mittendrin. Typen«. Und da gibt Zander dann zum Besten, wie er "1968" erlebte: „Es gab jedoch Zeiten, in denen Oberstudienrat Jürgen Zander an der Schule und ihrer

Entwicklung zweifelte. 'Die 68er-Unruhen waren nicht akzeptabel', erinnert sich der Pensionär. „Die Zwölfklässler forderten, die Lehrer zu duzen. Meinen Schlips hielten sie schon für eine Provokation. Da sagte ich mir: Das tue ich mir nicht an.“ Er wechselte damals von der Schule ins Sportreferat des Berliner Senats, anscheinend kein geeigneter Ort für eine intellektuelle oder demokratische Entwicklung. Denn als er 1980 in Celle Schulleiter wird, ist, wie die CZ schreibt, „eine seiner ersten Taten“, dass er „den männlichen Schülern das Tragen von Kopfbedeckungen in geschlossenen Räumen“ untersagte. So waren sie, die »alten Pauker«: Es interessierte sie immer mehr, was die Schüler auf dem Kopf hatten, als was in deren Köpfen vorging. (12.04.2013)



15 Linksextremisten

Celles Polizeichef Eckhart Pfeiffer gab im April auf Einladung der »Gesellschaft für Wehr- und Sicherheitspolitik« eine Übersicht über die Kriminalität in Stadt und Landkreis Celle. Ein Aspekt war dabei auch der »Extremismus«. Man beobachte im „linksextremen Spektrum“ etwa 15 Personen, denen im Jahr 2011 im Zusammenhang mit dem Wietzer Schlachthof Straftaten zugeordnet würden (Sachbeschädigung und Nötigung). Die »Rechtsextremen« hätten ihr Strafregister um „sechs leichte Körperverletzungen“ erweitert, aber: „der Großteil der insgesamt 56 Straftaten seien Propagandadelikte gewesen“.

Mitteilenswert schien Pfeiffer auch, dass es die fremden Fremden sind, die „überproportional“ bei den Straftaten vertreten seien: „Es handelt sich hierbei um durchreisende Täter. Die Erfahrungswerte deuten auf Osteuropa, es sind nicht die Ortsansässigen“. (Na klar, die Zigeuner.)

Über Umfang und Ermittlungserfolge beim Straftatbetsand der Steuerhinterziehung unter den Celler_innen ließ Pfeiffer nichts verlauten. Aber wir dürfen mit der Vermutung richtig liegen, dass es sich überwiegend um weiße Männer im Alter ab 45 Jahren handelt, die den Staat um Millionen prellen - oder? (06.04.2013)

Lohndumping?

Mitte April kündigte der niedersächsische Wirtschaftsminister Olaf Lies (SPD) an, sich gegen Lohndumping stark zu machen. Besonders in der niedersächsischen Fleischindustrie würden Werkverträge missbraucht, um Arbeit an Subunternehmer auszulagern und Osteuropäer mit Dumpinglöhnen abzuspeisen. Lies: „Wir wissen, dass es bei den fleischverarbeitenden Unternehmen schwarze Schafe gibt, die wir identifizieren wollen.“ In einer gemeinsamen Bundsratsinitiative mit anderen Ländern will die niedersächsische Landesregierung deshalb einen flächendeckenden Mindestlohn von 8,50 Euro fordern. - Die Firma Rothkötter, Betreiber des Schlachthofs in Wietze aber fühlt sich nicht angesprochen. Gegenüber der CZ erklärte eine Sprecherin des Unternehmens: „Die festangestellten Mitarbeiter in der Produktion erhalten zum Einstieg einen Stundenlohn von 9,50 Euro, der sich nach Beendigung der sechsmonatigen Probezeit auf 10,88 Euro erhöht.“ Auch Leiharbeiter erhielten schon die geforderten 8,50 Euro. Mit Subunternehmern arbeite Rothkötter in Wietze nur im Reinigungsbereich, aber auch dort würde der für die Branche vereinbarte Mindestlohn gezahlt. Was lernen wir? Das Problem ist hier nicht der Mindestlohn, sondern der Lohn. (16.04.2013)

16.606 Euro und eine Netzkarte

Schon fast investigativ warf unsere Heimatzeitung im April einen Blick auf die Einkommen »unserer« Abgeordneten in Bundes- und Landtag. Das Ranking führt überraschend Kirsten Lüthmann (SPD) an. Sie kommt auf ein monatliches Gesamteinkommen von 16.606 Euro. Neben den Diäten in Höhe von 8.252 Euro und der steuerfreien Aufwandsentschädigung in Höhe von 4.029 Euro bezieht die gelernte Polizistin 2.700 Euro als stellvertretende Bundesvorsitzende des Deutschen Beamten-Bundes. (Wir fragen uns inzwischen längst nicht mehr, wie das kompatibel sein soll mit einer SPD-

Mitgliedschaft.) Dann sitzt sie noch im Aufsichtsrat der gewerkschaftseigenen Firma BTA (BTA Betriebs- und Anlagengesellschaft mbH), was 517 Euro/mtl. bringt, und im Aufsichtsrat der Nürnberger Beamten-LV, was mit 833 Euro/mtl. vergütet wird. Als Kreistagsmitglied hat sie noch eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 275 Euro.

Auf Rang 2 rangiert Henning Otte (CDU), der neben seinem Bundestags-Sold (8.252 und 4.029 Euro) als Kreistagsmitglied und stellvertretender Landrat 687,50 Euro »hinzuverdient«. Für die Gemeinschaft setzt er sich dann noch als Verwaltungsrat der Sparkasse ein (295 Euro) und auch im Stadtrat Bergen (56 Euro) - summa summarum: 13.319,50 Euro.

Nicht ganz so »gläsern« ist der FDP-Landtagsabgeordnete Jörg Bode (FDP). Das liegt daran, dass er den größten Teil seines Einkommens im Augenblick fürs Nichtstun bezieht, nämlich das so genannte Übergangsgeld als vorheriger Niedersächsischer Wirtschaftsminister (bis zum 1. Juni 12.467,01 Euro/mtl.), sein Einkommen aus Landtagsdiäten und Aufwandsentschädigung wird dagegen gerechnet. Unbekannt ist, was Bode bei seiner neuen Aufgabe als Geschäftsführer der Haacke Treuhand GmbH kassiert. Lügen da die Karten auf dem Tisch, dürfte Kirsten Lüthmann alt aussehen. Was wir uns allerdings fragen: Wo nimmt dieser Mann die Energie her für zwei Fulltime-Jobs? Wäre es ein Frühstücksdirektorenjob bei einer Hotelkette? Aber das ist eben unsere FDP: Leistung, Leistung, Leistung.

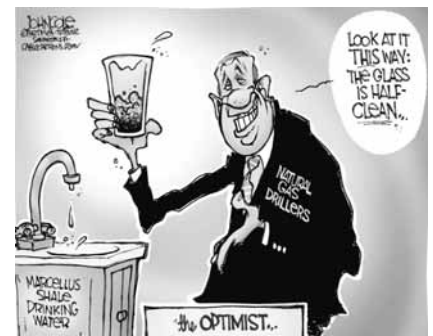
Da müssen den anderen drei Volksvertretern ja fast die Tränen kommen. Auf Rang 4 Maximilian Schmidt mit 8.487,65 Euro. Er bessert die Landtagsdiäten (6108 Euro) und die steuerfreie Aufwandsentschädigung (1048 Euro) auf mit seinem Einsatz in der Kommunalpolitik: Kreistagsabgeordneter (275 Euro), Vorsitzender der SPD-Kreistagsfraktion (481,25 Euro), Ratscherr in Winsen (75,40 Euro) - daneben ist er im Aufsichtsrat der SVO-Holding (400 Euro) und des AKH (100 Euro).

Ernst-Ingolf Angermann (CDU) bezieht neben seinen Landtags-Einkünften ebenfalls als Kreistagsabgeordneter 275 Euro. als Bürgermeister von Langlingen 160 Euro und im Samtgemeinderat Flotwedel 53 Euro. Daneben sitzt er wie Schmidt im Aufsichtsrat der SVO-Holding (400 Euro). Aber auch Angermann ist mit der Ver-

tretung des Volkes nicht ganz ausgelastet und deshalb Geschäftsführer der Angermann Energie GmbH, worüber die CZ keine Angaben machen konnte. Unterm Strich heißt das, dass Angermann mit den ausgewiesenen 8.044 Euro/mtl. deutlich unterbewertet ist.

Und schließlich noch unser Liebling: Thomas Adasch (CDU). Neben dem Einkommen aus seinem Hauptjob als Landtagsabgeordneter belohnen ihn die Steuerzahler_innen für seine kommunalpolitischen Aktivitäten mit 412,50 Euro (stellvertretender Landrat), 275 Euro (Kreistagsabgeordneter) und 50 Euro (Ratscherr in Hambühren). Dann sitzt er noch im Aufsichtsrat des AKH, was 100 Euro bringt. Alles in allem der günstigste Abgeordnete mit 7.993,50 Euro.

Alle haben als kleines Dankeschön dann noch eine Bahn-Netzkarte 1. Klasse. Und - nur mal so als Angebot: Wir würden Euch alle (»noch mit letzter Tinte«) wählen, wenn ihr es schafft, dass die 2. Klasse für alle »umsonst« wird. Dann lassen wir euch sogar die 1. Klasse und bis auf weiteres in Ruhe. (CZ, 20.04.2013)



Fracking nur olle Kamelle?

Eigentlich ist es bekannt: Zwei Drittel der bekannten Reserven von Kohle, Öl und Gas müssen im Boden bleiben, wenn überhaupt nur eine 50/50-Chance verbleiben soll, die Erderwärmung auf unter 2° C zu begrenzen. Darauf zu verzichten, heißt aber eben auch Milliarden-Profiten in den Wind zu schreiben. Und deshalb nimmt der Lobbyismus auf allen Ebenen Fahrt auf. In Celle tagte im April die Deutsche Wissenschaftliche Gesellschaft für Erdöl, Erdgas und Kohle e.V. (DGMEK) und der Wirtschaftsverband Erdöl- und Erdgasgewinnung (WEG). Zur Frühjahrstagung unter dem Motto »Die Zukunft von Erdöl und Erdgas« kamen rund 700 Wirtschaftsvertreter_innen zusammen. Gegenüber der CZ prognostizierte WEG-Hauptgeschäftsführer

Josef Schmid einen Anstieg des Erdgasbedarfs. Und die Branche sieht für die Förderung erhebliche Potenziale in „neuen, unkonventionellen Lagerstätten“ - d.h. Fracking. Und so war zu erwarten, dass Schmid die neue Hauptlinie der Propaganda nicht ausließ: „*Etwas ein Drittel unserer heimischen Förderung [...] geht auf das Frackingverfahren zurück. Das heißt: Bereits heute werden rund zwei Millionen Haushalte mit Erdgas versorgt, das auf Fracking zurückgeht.*“ (CZ, 19.04.2013) Erstaunlicherweise widmete sich ein Großteil der Vorträge diesem Verfahren, wobei am Rande auch halbwegs kritische Töne Raum fanden.

So stellte Dr. H. Georg Meiners (ahu AG) die »Ergebnisse der Studien für das Umweltbundesamt und das Land Nordrhein-Westfalen« vor. Er trug dabei u.a. vor: „*Bisher eingesetzte Stoffe sind teilweise akut toxisch, kanzerogen, mutagen, reproduktionstoxisch und/oder wassergefährdend. Auch in neueren Fluiden kamen Stoffe mit bedenklichen Eigenschaften zum Einsatz.*“ Die Generallinie der Tagung aber war - wie nicht anders zu erwarten -: alles beherrschbar. Das Klimaproblem spielte keine Rolle.

Ins gleiche Horn stieß Gerd Schaumburg, der ebenfalls im April auf einer Info-Veranstaltung zum Thema »Geothermie und Fracking - eine Chance für Celle?« seine Thesen vortrug. Für den ehemalige Direktor der Deutschen Bohrmeisterschule Celle ist Fracking „*Stand der Technik*“. Und - das sei unsererseits hinzugefügt: Nach dem derzeitigen Stand der Technik werden auch toxische Chemikalien eingesetzt. Oder, wie es in der Studie des Umweltbundesamtes aus dem Jahr 2012 heißt: „*Die Auswertung in Deutschland eingesetzter Frack-Fluide zeigt, dass auch in neueren Fluiden Additive zum Einsatz kamen, die bedenkliche Eigenschaften aufwiesen und/oder deren Verhalten und Wirkungen in der Umwelt aufgrund einer lückenhaften Datenlage nicht oder nur eingeschränkt bewertet werden können.*“ Ganz negieren kann Gerd Schaumburg das in seinen Vorträgen ja auch nie und deshalb vertröstet er darauf, dass man in ein paar Jahren „*allein mit umweltfreundlichen Mitteln dasselbe bewirken könne*“. (CK, 21.04.2012)

Gebäudereiniger

Für die rund 530.000 Beschäftigten des Gebäudereiniger-Handwerks forderte die IG Bau in der Tarifrunde 2013 ein Lohnplus in zwei Stufen. Im Westen

soll die unterste Tarifgruppe zunächst um 70 Cent und dann um weitere 65 Cent steigen. Gleichzeitig soll das Lohnniveau Ost erst auf 88 Prozent des



Westniveaus angehoben werden. In einem weiteren Schritt soll es auf 92 Prozent steigen. Die Laufzeit soll ab 1. November 2013 zwölf Monate betragen. Zum Beginn der dritten Verhandlungsrunde Ende April streikten in Celle die Beschäftigten der Firma Perfekta, die an der Oberschule 1 den Dreck mal Dreck sein ließen. Ihre Forderung: „*Jetzt einen kräftigen Schluck aus der Pulle!*“ (23.04.2013)

Lärmsch(m)utz

Zum Jahresende werden in Wietzenbruch die Heeresfliegerverbindungs- und Aufklärungsstaffel 100 und die Heeresinstandsetzungsstaffel 100 aufgelöst. Gefeierte wird das Ganze mit einem so genannten »Fly-Out« am 5. Juni. Konkret heißt das nichts anderes, als dass der Celler »Luftraum« von Eurofighter, Tornado und AWACS beherrscht wird. Die Bevölkerung muss also einen Höllenlärm ausstehen, damit »unsere Bundeswehr« aus Jux und Dolerie mal wieder ordentlich ihre CO₂-Bilanz in die Höhe treibt. Aber vielleicht kommt ja auch was dazwischen - eigentlich sollte die »Jet-Parade« schon im Mai stattfinden, aber der Tod eines KSK-Kämpfers in Afghanistan machte den Plänen pietätvoll ein Kreuz durch die Rechnung.

In Wietzenbruch und Westercelle dürfen sich die Bürger_innen aber insgesamt wieder über mehr Lärm freuen. Bis 2014 wird die Zahl der in Wietzenbruch stationierten BO105 Hubschrauber sich wieder von 25 auf 60 erhöhen und die Zahl der Flugstunden von 3750 im Jahr auf 6200 im Jahr 2015. Erst im Folgejahr soll sich die Zahl wieder halbieren. (02.05.2012)

Biogas ausgebremst

Die Stadt Celle hat der beantragten Erweiterung einer vorhandenen Biogasanlage in Lachtehausen eine Absage erteilt. Der Betreiber plante eine Leistungssteigerung von 0,5 auf 1,2 MW.

Damit wäre aus der „privilegierten“ landwirtschaftlichen Anlage eine solche „gewerblicher Art“ geworden. Damit musste ein so genannter vorhabenbezogener Bebauungsplan her (»Sondergebiet Biogasanlage«).

Soviel politische Umsicht hätten wir dem Rat gar nicht zugetraut. Aber die Kritik an der »Vermaischung der Landschaft« scheint erste Früchte zu tragen. In Niedersachsen ist im letzten Jahr ja eine interessante Situation eingetreten: Erstmals reichen die Flächen unseres Bundeslandes nicht mehr, um den eigenen Bedarf an Getreide zu befriedigen. Der Grund? Immer mehr Landwirte haben auf Energie-Mais umgestellt, denn das wirft dank der Einspeise-Vergütung höhere Gewinne ab.

Im Landkreis Celle gibt es inzwischen über 60 Biogas-Anlagen. Das ist gut hinsichtlich der erneuerbaren Energie, aber es wird zunehmend problematisch für die Natur und die Qualität der Böden. Mais fördert die Erosion, zerstört die Bodenfruchtbarkeit und erfordert viel Kunstdünger. Das ist schon lange nicht mehr vernünftig. - (Der Umstieg auf Zuckerrüben ändert daran übrigens auch nicht viel.) (14.05.2013)

Behiye Uca Kandidatin

In Peine wählte die LandesvertreterInnenversammlung der Linkspartei die Bundestagswahlliste. Auf Platz 7 landete aus Celle Behiye Uca. Angesichts der Umfragewerte der Partei dürfte dies nicht zu einem Einzug in den Bundestag reichen. Vor vier Jahren kamen bei einem bundesweiten Ergebnis von 11,9 % sechs Abgeordnete aus Niedersachsen in den Bundestag (Niedersachsen: 8,6 %). Aber: Wenn sich herauskristallisiert, dass es nichts wird mit einer rot-grünen Mehrheit, hat auch eine linke Opposition wieder Chancen auf deutliche bessere Wahlergebnisse. Uca ist auch Direktkandidatin der Partei im Bundestagswahlkreis 44 (Uelzen-Celle).



Herz und Verstand



Eine menschenleere Celler Innenstadt am frühesten Morgen. Fünf link(s-radikal)e Laternen stehen in der Morgendämmerung beieinander und beginnen ein Gespräch.

Der lange Lulatsch: „*Herz und Verstand*“ – ich kriege das Kotzen.

Oma Lilo: Worüber regst du dich auf?

Der lange Lulatsch: „*Herz und Verstand*“ – das war der Wahlslogan von Landrat Wiswe. Dabei ist sein Herz aus Eis und er hat den Verstand eines Schreibtischtäters.

Oma Lilo: Du meinst jetzt sein Verhalten gegenüber Flüchtlingen?

Der lange Lulatsch: Ja klar. Niemand außer notorischen Rassisten hat irgendein Verständnis dafür, dass Flüchtlinge immer noch einen Großteil ihrer Leistungen nicht in bar, sondern in Gutscheinform erhalten.

Die Dicke: Mit Artikel 1 des Grundgesetzes hat das in der Tat nicht viel zu tun.

Klein Jonas: Wie lautet der?

Die Dicke: „*Die Würde des Menschen ist unantastbar.*“

Der Besserwisser: ... und das Nähere regelt ein Bundesgesetz.

Der lange Lulatsch: Ja klar. Ich bin doch kein FDGO-Fetischist. Aber jeder halbwegs aufgeklärte Mensch weiß, dass die Abschaffung des Grundrechts auf Asyl und die ganzen sich daran anschließenden Diskriminierungen wie Asylbewerberleistungsgesetz, Residenzpflicht, Lagerunterbringung – dass genau das zum legitimatorischen Einfallstor für die mordenden Rassisten war.

Oma Lilo: ... und Rassistinnen.

Der lange Lulatsch: Zschäpe. Ja, selbstverständlich auch für den NSU.

Der Besserwisser: Aber Wiswe argumentiert ja nun mal streng rechtsstaatlich. Die Verordnung des Innenministers könne aus seiner Sicht nicht das Bundesgesetz aufheben.

Die Dicke: Und die Mehrheit aller Oberbürgermeister und Landräte in Niedersachsen, die jetzt Bargeld auszahlen, begehen Rechtsbruch, oder wie? Jetzt muss er also eigentlich als Staatsbürger den Vorsitzenden des Niedersächsischen Landkreistages, den Göttinger Landrat Reuter, dessen Stellvertreter Wiswe ist, anzeigen – oder wie?

Der Besserwisser: Ja – das wäre doch schön.

Oma Lilo: Was ist mit supermen.de?

Die Dicke: Ich finde, an dieser Frage zeigt sich ausnahmsweise mal wieder, warum er vor vier Jahren die Zivilgesellschaft an die Wahlurne locken konnte. Inhaltlich vertritt er absolut die korrekte Position, zum Beispiel auch in seiner Rede am 1. Mai.

Klein Jonas: Und warum gibt's dann trotzdem weiter Gutscheine. Er ist doch der Oberkönig.

Die Dicke: Über dem Oberkönig gibt's halt noch einen Kaiser und das ist der grottenböse Graubart Wiswe.

Oma Lilo: Da klär' mich mal auf, mir ist dieses Kompetenzgewirr auch immer nicht verständlich.

Die Dicke: Der Oberkönig ist eigentlich nur ein König. Vor 40 Jahren hat die Stadt ihren Status der Kreisfreiheit verloren und ist seitdem als so genannte selbständige Stadt Teil des Landkreises und der Oberbürgermeister hieß nur noch Bürgermeister. 1977 wurde das dann nochmal geändert: Celle war dann „große selbständige Stadt“ und hatte wieder einen „Ober“ – aber kreisangehörig blieb sie trotzdem.

Der lange Lulatsch: Sieht man ja auch bei Hartz IV. Zuständig bei den Kosten der Unterkunft ist der Landkreis und die Stadt hat dessen Regeln anzuwenden.

Der Besserwisser: Was jetzt der Stadt – Verwaltung und Politik – immer wunderbar Gelegenheit gibt, ihre Hände in Unschuld zu waschen bzw. nicht zu rühren.

Oma Lilo: Bis auf einzelne öffentliche Scharmützel, die sich Wiswe und Mende liefern.

Die Dicke: Ich meine ja, dass da mehr gehen müsste. Die Stadt ist eindeutig das Zentrum des Kreises, mehr als ein Drittel der Kreistagsmitglieder kommt aus Celle. Aber die verzichten nicht nur weitgehend darauf, die Interessen der Stadt zu vertreten, sie verzichten eigentlich darauf, überhaupt Politik zu machen.

Der lange Lulatsch: Genau – Hartz IV. Der Kreis regelt die Kosten der Unterkunft mit Obergrenzen, die völlig unrealistisch sind und wirklich niemand interessiert's. Das hat ja Jahre gedauert, bis sie überhaupt gemerkt haben, dass sie vielleicht auch eine Verantwortung tragen.

Oma Lilo: Löbliche Ausnahme allerdings „Die Linke“.

Der lange Lulatsch: Was die Wähler_innen in ihrer großen Weisheit so belohnt haben, dass Behiye Uca da jetzt als Einzelkämpferin noch weniger bewerkstelligen kann als vorher Hauptmeyer und Wallat.

Oma Lilo: Zurück zu Mende – er kann wirklich nichts machen?

Der lange Lulatsch: Ich weiß nicht. Im Kommunalverfassungsgesetz heißt es: „Die Haushaltswirtschaft ist sparsam und wirtschaftlich zu führen.“ Warum beruft er ich nicht einfach darauf – denn dass das Gutscheilverfahren teurer ist, räumt ja sogar Wiswe ein. Und dann riskiert er eben eine „Rüge“, Dienstaufsichtsbeschwerde oder was weiß ich. „Freunde“ werden die beiden ja sowieso nicht mehr.

Der Besserwisser: Noch was Lustiges: Gegenüber der CZ hatte Mende ja erst dicke Backen gemacht und angekündigt, wenn Wiswe sich nicht rühre, würde er die Gutscheine halt ausgeben und dann mehr oder weniger eigenhändig in Bargeld tauschen. Hat er dann selbstverständlich nicht gemacht. Aber – wo hatte er diese Idee her? Zumindest stand's vorher mal in dem Blatt, das immer unsere Gespräche druckt.

Der lange Lulatsch: Das machen – wie ich hörte – jetzt ja aber die „üblichen Verdächtigen“, wie es so schön in »Casablanca« heißt.

Oma Lilo: Und Wiswe?

Die Dicke: Last Exit zum 31.10.2014, denn da wird der Landrat neu gewählt.

Der Besserwisser: „Wunder gibt e immer wieder ...“ – träum' weiter.



Am 6. Juni: Friedrich Burschel - Was Recht ist und was rechts ist

Systemfehler Verfassungsschutz

Friedrich Burschel ist Referent zum Schwerpunkt Neonazismus und Strukturen/Ideologien der Ungleichwertigkeit bei der Akademie für Politische Bildung der Rosa Luxemburg Stiftung in Berlin. Er ist Autor und Herausgeber des Buches »Stadt - Land - Rechts. Brauner Alltag in der deutschen Provinz«.

In seinem Vortrag am 06.06.2013 geht er der Frage nach, wer definiert, was als »extremistisch« zu bewerten ist? Dabei stellt er fest, dass der Verfassungsschutz bei der Bewertung eine maßgebliche Rolle spielt und dass mit dieser »Definitionsmacht« Politik gemacht wird, die sich in erster Linie gegen Kritikerinnen und Kritiker von Links richtet.

„Während die zweite, schwarz-gelbe Merkel-Regierung einen konzentrierten rechten Rollback eingeleitet hat, schie-

ßen aus Wissenschaft, Bildung, Politik und Medien Extremismus-theoretische Ansätze ins Kraut: mit der Hufeisen-Theorie, einer höchst fragwürdigen "Extremismusklausel" und einer massiven Offensive des Verfassungsschutzes in der Politischen Bildung werden derzeit Definitionsmacht, gesellschaftliche Deutungen und Feinderklärungen entschieden nach rechts außen verschoben“, so Burschel.

Die gesellschaftliche »Mitte« übernimmt die Erklärungsmuster der »Extremismen« von links und rechts und von Seiten der »Ausländer« und grenzt diese als wehrhafte Demokratie aus ihrer »Mitte« aus. Allerdings: „Im Fokus dieser Ausgrenzungsleistungen stehen v. a. Linke jeder Provenienz, Kritiker des Kapitalismus, des staatlichen Rassismus, Antifa-Aktivist_innen und unbequeme Störer_innen der monströsen bundesrepublikanischen Garten-zwerg-Idylle“, so Burschel. Und weiter: „Ein zentraler Player in dieser Entwicklung ist der Verfassungsschutz. Während nicht zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem immer gigantischer werdenden »NSU«-Skandal die Systemfehler des Dienstes offenbar werden reklamieren dieselben Behörden die Deutungs- und Definitionshoheit über das gesellschaftliche Leben und zulässige Formen der Kritik und bringen »Abweichler« mit repressiven Methoden zum Schweigen.“

Er kritisiert vehement, dass „linke Initiativen gegen Nazis, Blockierer_innen von Nazi-Aufmärschen und entsprechende staatlich geförderte Projekte mit einem dreisten Extremismusverdacht geschurigelt werden“ und stellt fest, dass „auch auf der rechtlichen Ebene es für Kritiker_innen und Linke oft bitter aussieht: harsche Urteile gegen Links während Nazi-Täter stets mit der Milde des Gesetzes und der Richter_innen rechnen können.“

Es ist an der Zeit, sich über wirksame Gegenstrategien Gedanken zu machen, über rechtlich sinnvolle Schritte und darüber wie weit Recht und Rechtsstaat Antifaschist_innen, Linke und kritische Demokrat_innen schützt.

Vortrag am 06.06.2013, 19.00 Uhr im Kaminzimmer des Urbanus-Rhegius-Hauses, Fritzenwiese 9

Veranstalter: Diakonisches Werk Celle und Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus

EINE GEMEINSAME VERANSTALTUNG DER IM NETZWERK GEGEN RECHTSEXTREMISMUS SÜD-HEIDE ORGANISIERTEN GRUPPEN

GEMEINSAM GEGEN DIE NAZITREFFEN IN ESCHEDA

SCHLUSS MIT LÜSTIG!

22.06.2013

15 UHR BIS 19 UHR

15:00 UHR TREFFEN AM BAHNHOF IN ESCHEDA
DEMONSTRATION ZUR KREUZUNG AM FINKENBERG / ZUM DORNBUSCH

15:20 UHR KUNDGEBUNG AN DER KREUZUNG
REDEBEITRÄGE UND GRÜSSWORTE VON AKTIVEN GEGEN NEONAZIS
AUS NORDDEUTSCHLAND: BAD NENNDORF, GLINDE, JAMEL, ETC.

18:00 UHR STAFFELGOTTESDIENST
TREFFPUNKTE: MARINESIEDLUNG UND ESCHEDA KREUZUNG
HERMANNBURGERSTR. / BERGENER STR.

Seit Jahren finden in Eschede Treffen von Neonazis unterschiedlichster Couleur statt. Die mehrmals im Jahr stattfindenden Sonnwendfeiern haben leider schon Tradition. Diese als Brauchumstern daherkommenden Treffen dienen der norddeutschen Naziszene als sinnstiftende, Gemeinschaft fördernde Zusammenkünfte. Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Termine und Aktionen abgestimmt, aber auch gefeiert. Das Ganze ist alles andere als harmlos. Die Ideologie der Nazis ist menschenverachtend und absolut nicht zu tolerieren. Auf diese Treffen nicht zu reagieren kommt einem Tolerieren gleich. Dort, wo die Nazis ungestört sind, machen sie sich breit, sie nutzen die Möglichkeit, um neue junge Leute in ihre rechte Weltanschauung und ihr Nazilebensgefühl einzubinden. Durch regelmäßige gemeinsame Naziaktivitäten - ungestört wie hier in Eschede, aber auch öffentliche, wie die ständigen Naziaufmärsche - verfestigt sich die Szene. Wir wollen den Nazis deutlich zeigen, dass wir ihr Treiben nicht tolerieren!

V.I.S.D.P. - MATTHIAS RICHTER-STEINKE, DGB-NORD-OST-NIEDERSACHSEN, HEILIGENGESTR. 28, 21335 LÜNEBURG

Erster Umsonstladen in Celle

Seit kurzem ist Celle um einen nicht kommerziellen Anlaufpunkt reicher. Wo sich bis vor ein paar Monaten noch die Fahrradwerkstatt des Bunten Hauses befand, wurde im April der Umsonstladen (U-Laden) eröffnet. Dort können Kleidung, Schuhe, Haushaltswaren, Spielzeug, CDs, Werkzeug oder kleine Elektrogeräte abgegeben werden, die sich jede_r dann kostenlos abholen kann. Für große Sachen ist kein Platz. Revista sprach mit einer der vier Betreiber_innen.

??: *In Celle gibt es ja inzwischen mindestens fünf Läden, die Gebrauchtwaren annehmen und für wenig Geld weitergeben. Warum also noch einen Umsonstladen? Steht ihr da nicht in Konkurrenz zu z. B. Neufundland?*

!!: Die Frage kam jetzt schon öfter. Wenn sich aber ein Konzern wie H&M ankündigt oder noch ein Sportgeschäft in der Innenstadt eröffnet werden soll, fragt kaum jemand, ob wir die brauchen oder ob sie gar mit anderen Läden konkurrieren. Solange diese Geschäfte noch den Großteil der Konsumwünsche der Celler_innen abdecken, sollten wir uns über jeden Laden freuen, der nicht kommerziell agiert und keine Neuware anbietet. Es gibt in der Innenstadt ein riesiges Angebot an Bekleidung. Und zu jeder neuen Saison wechselt das gesamte Sortiment. Es ist schon verrückt genug, dass offenbar etliche Menschen denken, sie müssen die T-Shirts, Jacken, Schuhe usw. des letzten Jahres durch neue T-Shirts, Jacken, Schuhe usw. ersetzen. Ohne dieses unkritische Konsumverhalten wären Konzerne wie H&M und New Yorker unrentabel. Schließlich landet ein guter Teil, der keine Käufer_innen überzeugen konnte, am Ende einfach im Müll. Aber im U-Laden sollen sich nicht die Armen den Abfall der Reichen abholen.

??: *Aber ohne diesen Überfluss, den sich ja nicht bloß die Reichen leisten können, gäbe es gar keine U-Läden, oder?*

!!: Menschen haben in verschiedenen Lebenssituationen unterschiedliche Bedürfnisse. Kinderkleidung und Spielzeug werden nur relativ kurz gebraucht und können dann weitergegeben werden, aber auch Werkzeug, Musik(instrumente), Geschirr usw. Umsonstläden bieten die Möglichkeit, diese ungenutzten Dinge wieder der Gesellschaft zur Verfügung zu stellen. Daran verdienen die großen Konzerne nichts - und das ist auch gut so. Beispielsweise unsere Jeans werden in Ländern produziert, in denen Arbeits- und Umweltschutz kaum eine Rolle spielen, in denen immer wieder Menschen durch fehlende Sicherheitsmaßnahmen verletzt werden oder sterben und in denen man die hochgiftigen Abwässer einfach so in die Flüsse leitet und diese in tote, stinkende Brühe verwandelt. Solange wir kein Bewusstsein für unsere Verschwendung entwickeln sind Umsonstläden, freie Bücherschränke oder Give Boxes eine Möglichkeit, einen Teil dieses Überflusses neu zu verteilen. Leider ist

in unserer reichen Gesellschaft keine Solidarität vorhanden mit den Arbeiter_innen, die für uns für Hungerlöhne produzieren - auch in der Linken nicht, da sind die Adidas-Turnschuhe doch noch wichtiger als die viel zitierte "internationale Solidarität".

??: *Wie soll denn diese andere Gesellschaft funktionieren?*

!!: Weiß ich auch nicht genau. Es gibt ja bisher kein Vorbild. Auf alle Fälle dürfen wir nicht weiter so unsere endlichen Rohstoffe für Dinge wie Plastiktüten, ständig neue Handys, Fernseher, PCs oder Wegwerfgeschirr verschwenden. Wir müssen uns darüber klar sein, dass alle Produktionsprozesse Spuren hinterlassen: giftige Abwässer, verseuchte Erde, kranke Menschen und Tiere und am Ende Müll. Wenn wir aufhören würden, unsere unerfüllten Bedürfnisse nach Wertschätzung, Aufmerksamkeit und Liebe mit Autos und Klamotten zu kompensieren, würden wir uns vielleicht endlich wesentliche Fragen für unser Zusammenleben stellen, z.B.: Wollen wir uns weiter von Konzernen und ihren Werbeagenturen diktieren lassen, wie wir zu leben haben und was wir dafür benötigen? Wäre unser gesellschaftlicher und individueller Reichtum nicht viel größer, wenn alle Produktionsmittel und die Erzeugnisse nicht bloß einigen Reichen gehören würden, sondern vergesellschaftet sind? Und nicht zuletzt: Wie können wir verhindern, dass unser Tun zu einer globalen Klimakatastrophe führt?



??: *Ihr wollt also mit dem Umsonstladen die Revolution anzetteln und die Kapitalisten zum Teufel jagen?*

!!: Sicher, wir haben ja erst angefangen, das wird schon noch ... Na ja, es ist für einige Nutzer_innen des U-Ladens anfangs schon befremdlich gewesen, alles was sie gebrauchen können, einfach mitzunehmen. Da ist die Revolution noch nicht in Sicht. Aber wir haben für alle, die sich (erstmal) nur informieren wollen eine kleine Leseecke mit linker Literatur eingerichtet. Im Übrigen würden wir uns über Unterstützung freuen, da wir zurzeit den Laden nur zu viert an zwei Tagen offen halten.

Lustig ist das Zigneuerleben ...

Im Antiziganismus überschneiden sich staatliche Flüchtlings- und Minderheitenpolitiken mit populären Ressentiments: Massenabschiebungen aus Deutschland und Frankreich in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, pogromartige Ausschreitungen in Ungarn, Slowenien,



Bulgarien und Italien, alltägliche Diskriminierungen, versteckt hinter dem politisch korrekten Sprechen von »Sinti und Roma« - die Kontinuität der gesellschaftlichen Exklusion von »Zigeunern« ist auch nach der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik kaum gebrochen. Wir sprachen mit Dr. Sebastian Winter (Uni Bielefeld), der am 11. Juni zu einem Vortrag zum Thema »Antiziganismus« in die Celler VHS kommt.

??: *Antiziganismus ist ja ein wissenschaftlicher Fachbegriff. Was bedeutet er?*

!!: »Antiziganismus« bezeichnet einen Rassismus, der sich gegen Menschen richtet, die als »Zigeuner« stigmatisiert werden. Antiziganistische Stereotype unterscheiden sich von anderen Feindbildern, etwa den antisemitischen, und auch die Diskriminierungs- und Verfolgungspraxis hat eine eigene Form.

??: *Mit dem Begriff »Zigeuner« wird ja so getan, als ob es sich um eine Gesellschaftsgruppe mit einer homogene Kultur handelt. Ich frage mal: Was sind historisch überhaupt »Zigeuner«?*

!!: Ich untersuche den Antiziganismus und die Mentalität der Antiziganist_innen – nicht Geschichte und Kultur der antiziganistisch Stigmatisierten. Insofern interessiert mich das *Stereotyp* des »Zigeuners« und der »Zigeunerin«, das in den antiziganistischen Diskursen konstruiert wird. Der Antiziganismus trifft die Angehörigen der verschiedenen Rom-Völker, die seit dem späten Mittelalter in Europa leben. Deren lange und wechselvolle Geschichte seit den Ursprüngen in Nordwest-Indien wäre ein eigenes Thema.

??: *Aber reden wir über die gesellschaftliche Mehrheit. Zum Bild vom »Zigeuner« gehört ja zweierlei: der »ziehende Gauner«, vor dem wir als Kinder genauso gewarnt wurden und auch die »Freiheitssehnsucht«, die ja mitschwingt in dem äußerst erfolgreichen Schlage von Alexandra: »Zigeunerjunge, Zigeunerjunge, / wo bist du, wo sind eure Wagen?« Adorno spricht ja in Bezug auf den Antisemitismus auch von einem »verleugneten Wunschbild der durch Herrschaft Verstümmelten«. Wie erklären sich sozialpsychologisch die Ressentiments gegenüber Sinti und Roma?*

!!: In den antiziganistischen Stereotypen lässt sich in der Tat eine immer wieder verblüffende affektive Ambivalenz erkennen: Einerseits der Hass und die Verachtung, andererseits die Sehnsucht und Faszination. Dies findet sich auch in anderen Rassismen – etwa im antisemitischen Bild der »schönen Jüdin« oder in der Begeisterung für afrikanische »Naturvölker« - aber im Antiziganismus ist diese Zweiseitigkeit besonders ausgeprägt. Hier bestätigt sich die psychoanalytisch-sozialpsychologische These von der »Projektion« als zentralem Mechanismus bei Feindbildungen: Das, was das selbstdisziplinierte und national identifizierte Subjekt der kapitalistischen Arbeitsgesellschaften von Innen her in Frage stellen könnte, wird unbewusst gemacht, abgewehrt und anderen, Feinden zugeschrieben: Faulheit, vaterlandslose Freiheit, ungebändigte Sexualität, ein Zerfließen in »Natur«. Aber diese projizierten Selbstanteile behalten ihre affektive Anziehung. So geht von dem »Feind« zumindest unterschwellig auch immer eine Faszination aus.

??: *Was erstaunlicherweise in der Erinnerung verschwunden ist: Bei dem Pogrom in Rostock-Lichtenhagen ging es gegen Roma. Und jetzt geht's wieder gegen den "ungebremsen Zuzug von Bulgaren und Rumänen", wobei unterschwellig schon immer gemeint ist: Roma. Und die »Welt« titelt: „Mit dem Zuzug der Roma prallen Welten aufeinander“. Wie siehst du die aktuelle Situation?*

!!: Sie ist beängstigend. Vor dem Hintergrund der Wirtschaftskrise und der dadurch geweckten Ängste scheinen antiziganistische Stereotypen wieder salonfähiger zu werden. Erschreckend ist zu sehen, wie zwar einerseits die nationalsozialistische Verfolgung der Rom-Völker in die deutsche Gedenkkultur Eingang gefunden hat – das Mahnmal in Berlin [siehe Foto] wurde im Oktober im Beisein von Merkel und Gauck eingeweiht – dies aber andererseits keinerlei Auswirkungen auf die aktuellen Diskriminierungen und Abschiebungen zu haben scheint.



Indiens Aufstieg zur Weltmacht

Mit John P. Neelsen hatte der Rosa-Luxemburg Club im April einen ausgewiesenen Asien-Kenner zu Gast. Neelsen ist außerplanmäßiger Professor an der Universität Tübingen und im wissenschaftlichen Beirat von attac. Sein Thema in der in Kooperation mit attac und Weltladen durchgeführten Veranstaltung: »Weltmacht Indien? - Aufstieg und Konflikte im Zeichen neoliberaler Globalisierung«. Das Fragezeichen blieb. Und Hoffnungen auf eine fundamentale Umgestaltung der sozial zutiefst gespaltenen Gesellschaft wollte Neelsen auch nicht unbedingt wecken.



Bei seiner Fragestellung bezog sich Neelsen auf die 2003 veröffentlichte Studie »Dreaming with BRICS«. Darin prognostizierte die Investment Bank Goldman Sachs den wirtschaftlichen Niedergang des Westens und den Aufstieg der jungen, bevölkerungsreichen Nationen, wobei langfristig Indien nicht nur Russland und Brasilien, sondern

auch China als weltweit größte Wirtschaftsmacht überholen werde. Jährliche Wachstumsraten von sieben bis acht Prozent seit der neoliberalen Weltmarktöffnung des Landes Ende der 1980er stützen diese Vorhersage.

Aber das Bild von Indien als aufstrebender Großmacht wird durch einen Blick auf die inneren sozialen und wirtschaftlichen Strukturen getrübt. Die indische Wirtschaftsstruktur gleicht nämlich weniger der einer modernen Industriegesellschaft als der einer aus der Mitte des 19. Jahrhunderts. Es dominiert weiterhin der Agrarsektor mit einem Anteil von mehr als 60 % der Erwerbspersonen, während sich nur 17 % im Sekundär- und 22 % im Dienstleistungssektor befinden. Auch der Berufsstatus bestätigt dieses Bild: Denn statt der typischen 80-90 % Lohn- und Gehaltsempfänger_innen neben einer minimalen Zahl großer Konzerne dominieren die kleinen Selbständigen. Dabei verbirgt sich hinter der formellen Selbständigkeit eine wachsende, in Alternativlosigkeit gründende Misere. Diese basiert auf der völlig unzureichenden Nachfrage nach Arbeitskräften in dem formellen Sektor. Hier sind 26 Millionen (das sind weniger als 8 %) der über 400 Millionen Erwerbspersonen beschäftigt, davon 70 % beim Staat. Die neoliberale Öffnung hat diese Situation nicht verbessert, sondern unter dem Druck der internationalen Konkurrenz durch steigende Kapitalintensität sogar verschärft. Die weitaus meisten der 15 Millionen jährlichen Neuzugänge auf

dem Arbeitsmarkt werden damit ein Auskommen im informellen Sektor finden müssen. Ungeachtet höherer Ausbildung und Erwartungen werden sie in den städtischen Slums oder auf dem überbevölkerten Land als Arbeitslose, Scheinselbständige oder supraausgebeutete Tagelöhner ein von Unsicherheit und Prekarität gezeichnetes Leben fristen.

Während das Bruttosozialprodukt steigt, vertiefen sich Klassenspaltung und soziale Apartheid. Den millionenschweren Superreichen folgen 4,5 Millionen Selbständige und oberste Angestellte mit einem jeweiligen Vermögen von 100.000 Dollar sowie eine kaufkräftige Mittelschicht von 150 bis zu 250 Millionen. Die „restlichen“ über 900 Millionen Menschen in Bharat (der indische Name für »Indien«) leben zu zwei Dritteln auf dem Land, die Mehrheit ohne Strom, fließendes Wasser und sanitäre Einrichtungen, viele in absoluter Armut, geplagt von Unterernährung, hoher Kinder- und Müttersterblichkeit, ausgeprägter Analphabetenquote, besonders bei Frauen.

Neelsen erwartet, dass die durch die neoliberale Modernisierung verschärften sozialen und regionalen Ungleichheiten von einem weiteren Zerfall sozialer Zusammenhänge bei gleichzeitiger Konzentration von Macht und Reichtum begleitet sein werden.

Ein zentrales Problem besteht nach Neelsens Auffassung darin, dass Indien aufgrund der beschriebenen Beschäftigtenstruktur eben nicht wie die Gesellschaften des Westens über die Kämpfe eines Proletariats zu sozialen Reformen und demokratischeren Strukturen finden kann. Es gibt keine organisierte Arbeiterklasse. Er prognostiziert für die nähere Zukunft ein Wachstum ohne Entwicklung. Eben auch weil der Sektor, den Indien in der internationalen Arbeitsteilung besetzt (Informationstechnologie und Forschungslabors z.B. der pharmazeuti-



Protestaktion gegen das Landenteignungsgesetz in Delhi, Juli 2012 (Namarata Neog)

schen Industrie) eben nicht arbeitsintensiv sind.

Die soziale Spaltung der indischen Gesellschaft wird überlagert durch eine Reihe regionaler Konfliktkonstellationen, deren Entstehung nur unter Berücksichtigung der ungeheuren Vielfalt an Völkern und Minderheiten, Sprachen, Religionen und Kulturen zu begreifen ist. Einen Sonderfall stellt die maoistisch inspirierte Bewegung der Naxaliten dar, die einen grundsätzlichen Systemwechsel beabsichtigt. Die Naxaliten charakterisieren die indische Gesellschaft als »semi-kolonial« und »semi-feudal«. Sie proklamieren die Eroberung der politischen Macht im Zuge eines langen Bürgerkrieges zwecks Verwirklichung der "neuen demokratischen Revolution" als Vorstufe einer erst darauf möglichen sozialistischen Transformation. Bei diesem Projekt stützen sie sich auf vier besonders unterdrückte Gruppen: Adivasis (Stammesangehörige oder indigene Völker), »Unberührbare«, Minoritäten (vor allem religiöse) und Frauen. Die Verschiedenheit der Widersprüche erfordert unterschiedliche Lösungen. So setzen sich die Naxaliten gegen das Patriarchat ein und haben schätzungsweise 30 Prozent Frauen unter ihren Kadern. Bezüglich der (religiösen) Minoritäten kämpfen sie gegen den Hindu-Fundamentalismus und für eine säkulare Ordnung. Bei Adivasis und »Unberührbaren« sehen sie das sozialpolitische Fundament der Gesellschaft akut berührt: So treten sie bei den indigenen Völkern für das Selbstbestimmungsrecht bis hin zur Sezession ein; bei den »Unberührbaren« geht es um die Abschaffung des Kastensystems als Inbegriff der feudalen Produktionsverhältnisse und die Verwirklichung bürgerlicher Rechte.

Die mehrheitlich von Stämmen besiedelten Gebiete bergen über 80 % der Rohstoffvorkommen des Landes. Ausländisches und einheimisches Kapital zum Abbau und zur Weiterverarbeitung von Uran, Bauxit, Kohle etc. anzuziehen, hier Sonderwirtschaftszonen einzurichten, Staudämme zur Energieerzeugung anzulegen, dafür brauchte man schnell viel und billiges Land. Der Staat garantierte dessen Bereitstellung ohne Rücksicht auf Interessen, Rechte und Lebensweise der Ortsansässigen. Damit aber wurde die Axt an die traditionelle Lebensweise und Kultur der indigenen Völker und ihr besonderes, über das formelle Stammeseigentum hinausgehende, ihre kollektive Identität stiftende Verhältnis zum Boden gelegt. 40 Millionen Menschen, darunter 40 % Adivasis, wurden im Laufe der Zeit enteignet und zwangsweise auf nicht selten unfruchtbares Land ohne Infrastruktur umgesiedelt, Kompensationsversprechen in drei von vier Fällen nicht eingehalten.

Die Naxaliten haben sich in den vergangenen Jahren in einem breiten Gürtel von der Grenze Nepals durch das östliche Zentralindien bis weit in den Süden eine militärische Basis mit teilweise eigenen Verwaltungsstrukturen geschaffen. Sie sind insoweit Hoffnungsträger für besonders rechtlose Teile der indischen Gesellschaft. Deshalb werden sie massiv vom indischen Staat bekämpft, der auf eine »militärische Lösung« setzt.

Sozialer Widerstand in Indien

Gerade ist im Verlag Assoziation A ein Sammelband erschienen, in dem indischen Aktivist_innen von ihren Kämpfen berichten und ihre Erfahrungen diskutieren. »India Shining« (Leuchtendes Indien), so heißt der offizielle Slogan, der den Aufstieg des bevölkerungsstärksten Subkontinents zur bald drittstärksten Volkswirtschaft beschreiben soll. Aber bei diesem gigantischen Modernisierungsprojekt werden die Lebensgrundlagen von Millionen von Menschen zerstört - versinnbildlicht in den Tausenden Selbstmorden verzweifelter Bäuer_innen.

Doch dagegen regt sich Protest und Widerstand - organisiert in neuen sozialen Netzwerken und Initiativen lokal, landesweit und international agierender Akteure. So ist ein kaleidoskopisches Spektrum unterschiedlichster Bewegungen entstanden, die dieses Buch vorstellt und zu Wort kommen lässt.

Die Beiträge des Buches dokumentieren Aspekte des Protests und der Veränderung. Kämpfe von Arbeiter_innen in neuen Formen gewerkschaftlicher Organisation; von Bäuer_innen für Land und Ernährungssouveränität, gegen die Zerstörung ihrer Dörfer und Vertreibung aus ihren angestammten Gebieten; Kämpfe gegen Großprojekte wie Staudämme, Atomkraftwerke und Sonderwirtschaftszonen; Kämpfe der Slumbewohnerinnen für Wohnraum, Bildung und sauberes Wasser - um nur einige zu nennen.



Gemeinsam sind allen Beiträgen die Fragen: Wie wirkt sich die gesellschaftliche Umgestaltung der sozialen Strukturen auf die indische Bevölkerung aus? Wie wehren sich Einzelne, kleinere Initiativen und sozialen Bewegungen gegen die Zerstörung ihrer Lebensgrundlagen und den Abbau ihrer Rechte

Die Berichte reflektieren verschiedene Lebensrealitäten. Sie führen in wegen ihres Rohstoffreichtums für die globalen Märkte zur Plünderung freigegebene Waldregionen, in städtische Ballungsgebiete von Neu-Delhi bis Mumbai, an die Küsten Tamil Nadus bis in abgelegene Gebiete des Bundesstaats Karnataka.

Das vorliegende Buch versammelt 22 Beiträge indischer Autor_innen sowie drei Gespräche mit Aktivistinnen. Die Texte und Interviews sind fast alle in der Zeit von Mai bis Oktober 2012 entstanden. Indische Aktivist_innen stellen darin ihre Hoffnungen, Kämpfe und Sichtweisen dar. Neben Bewegungen, die über die Grenzen Indiens hinaus bekannt sind, kommen solche zu Wort, denen dies bisher kaum gelungen war.

Elina Fleig/Madhuresh Kumar/ Jürgen Weber (Hg.): Speak Up! Sozialer Aufbruch und Widerstand in Indien, 320 S., ISBN 978-3-86241-423-9. Berlin (Assoziation A), 18 Euro

Anstoß von der Bühne her

Die Provinz freut sich zumeist darüber, wenn sie mal das Provinzielle abstreift und dies von außen so wahrgenommen wird. So sind wir auch in Celle. Viele Anlässe haben wir nicht. Meist ist zudem das Unprovinzielle auch konfliktbehaftet – und wird deshalb leicht dem Vergessen anheim gegeben. So war es auch mit der Phase zwischen 1956 und 1972, als das Celler Schlosstheater fraglos in der ersten Liga der deutschen Theaterlandschaft mitspielte. Dem dieses Kunststück gelang, erfährt jetzt eine (zweite) Würdigung mit einem Band der Celler Hefte: Dr. Hannes Razum, Intendant und Regisseur.

Thorsten Albrecht und Oskar Ansell haben sich auf eine ergebnisreiche Spurensuche gemacht, die mit dem Titel „Einladung ins Welttheater“ die Intention Razums in seiner Celler Zeit treffend beschreibt. Der 1907 in Berlin geborene Theatermann kam nach etlichen Stationen 1956 von Bremen ans Schlosstheater und brachte die Bühne in den 16 Jahren seiner Intendanz zu einer über die Grenzen Celles hinaus beachteten Spielstätte.

Lebendig wird die Erinnerungsarbeit vor allem dadurch, dass sie einen „unerwarteten Schatz“ (Albrecht) zur Grundlage nehmen konnte: das unveröffentlichte Manuskript der Autobiografie Razums: *„Ein druckreifes Werk, das uns die ‚O-Töne‘ seiner Theaterleidenschaft vermittelt: sei es die Auseinandersetzung mit seiner Arbeit oder Beschreibungen wichtiger Lebenssituationen.“*

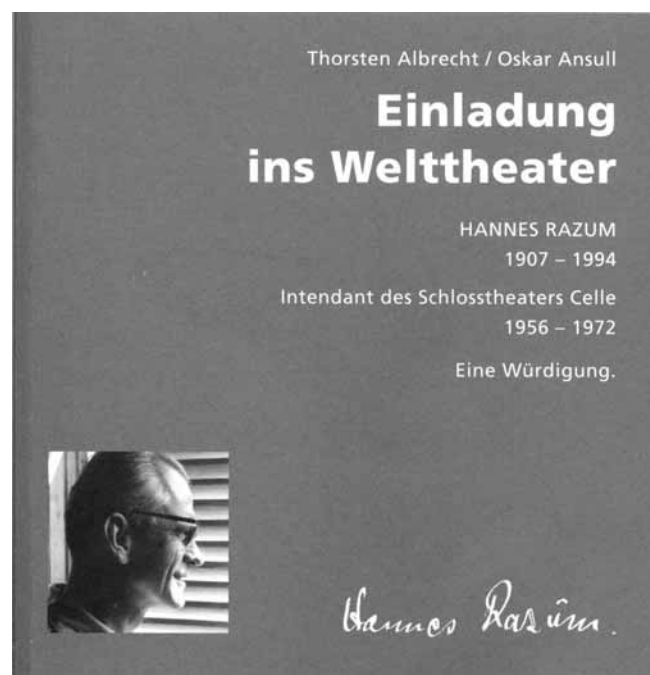
In sechs Impressionen schildert Razum darin z.B. seine ersten Eindrücke von Celle. *„Selbst die Kinder, die sich hier unter dem stäubenden Wasser eines Springbrunnens vergnügten, wagten es nicht, auf dem Rasen zu spielen.“* Bei seinem ersten Kontakt mit dem Theater erlebt er das Publikum als *„eine Versammlung von Menschen, die hierhergekommen waren, um sich selbst zu feiern.“* Und er fragt sich: *„Was hatte ich dieser Stadt denn zu bieten, die in sich selbst so zufrieden erschien, als wollte sie sagen: hier ist die Welt noch in Ordnung, ihr da draußen lasst uns in Ruhe. Konnte das Theater hier etwas anderem dienen, als dem Bedürfnis der Bürger, sich selbst darzustellen, ihre Rolle in einer Gesellschaft zu spielen, die vom Theater nichts anderes erwartete, als die Bestätigung ihrer Lebensgewohnheiten, ihrer Ansichten von der Welt, wie sie vielleicht einmal war? Konnte man hier auf Veränderung hoffen, Verständnis erwarten für die Erschütterung dieser Welt, die im Theater der Zeitgenossen zur Darstellung kam? War es überhaupt möglich, Einfluss auf das Bewusstsein und die Gesinnung der Zuschauer zu nehmen, wie wir es glaubten, als wir uns in der Erwartung dem Theater verschrieben, dass es in der Welt etwas bewirken könne.“*

16 Jahre später verabschiedet er sich mit einem in der Hannoverschen Presse, nicht in der CZ, veröffentlichtem Brief an die Theaterfans: *„Wir haben in den 278 Stücken, die wir seit 1956 auf die Bühne des Schlosstheaters brachten, ein möglichst vielfältiges Bild unserer Welt zu*

zeigen versucht, und es damit jedem unserer Besucher ermöglicht, sich ein eigenes Urteil über die in dieser Welt lebendigen, einander bekämpfenden Kräfte zu bilden. Wir würden uns glücklich schätzen, wenn es uns über unsere künstlerischen Ambitionen hinaus gelungen sein sollte, auf diese Weise das Verantwortungsbewusstsein des einzelnen in unserer Gesellschaft zu stärken, der manipulierten Meinungsmache, der wir ausgesetzt sind, entgegenzuarbeiten und durch unsere Autoren Beispiele des entschiedenen Denkens und der Zivilcourage zu geben. Wenn ich nun die Leitung des Schlosstheaters aus der Hand gebe, so vertraue ich darauf, daß die fortschrittlich denkenden Kräfte in Celle auch nach meinem Weggang stark genug sein werden, das Schlosstheater als Ort der fruchtbaren Unruhe in der Gesellschaft und als das lebendig schlagende Herz dieser Stadt gegen alle Widerstände am Leben zu erhalten.“

Da schwingt ein hohes Maß an Stolz und Selbstbewusstsein mit. Auch eine Überschätzung der gesellschaftlichen Rolle des Theaters?

Razums Intendanz fällt in eine Zeit der Veränderung. An ihrem Beginn Wiederbewaffnung und die Godesberger Wende der SPD, dazwischen die Auswirkungen des »Wirtschaftswunders«, zu ihrem Ende eine rebellierende Jugend und eine sozial-liberale Regierung, die – wenn auch nicht viel mehr – immerhin eine Entspannungspolitik gegenüber den Staaten des Warschauer Pakts hinbekommt. Die Gesellschaft verändert sich, konfliktreich und rasant. Auf diesem Boden wandelt sich selbstverständlich auch Theater. Das Besondere in der Provinz ist höchstens, dass es Konflikte bearbeitet, die in ihr mit leichter Verspätung „stattfinden“. Konkre-



SCHLOSS THEATER CELLE

intendant dr. hannes razum / spielzeit 1964/65

te Bezüge auf gesellschaftlich-politische Konflikte finden sich bei Razums Anmerkungen zu einzelnen Aufführungen, die im Band entlang der Spielzeiten ausgebreitet werden, allerdings eher selten. 1968/69 stehen Schillers »Räuber« auf dem Spielplan, Razum bemerkt: *„Unter der Decke der Saturiertheit aber war mit der Rezession und den Studentenrevolten das verdrängte Gefühl der Unsicherheit unserer Existenz wieder spürbar geworden. Hier suchten wir nun den Ansatz für unsere Arbeit.“*

Wiederholt, insbesondere gegen Ende der 1960er Jahre, beklagt die CZ Kündigungen von Abonnements. Die Abgänge wurde aber durch neue Publikumsgruppen aufgewogen. Trotzdem: Die CZ macht Stimmung dahingehend, dass viele sich nicht *„den Strapazen einer Bewusstseinsänderung“* würde aussetzen wollen. Razums Vertrag wird nicht verlängert, die Spielzeit 1971/72 ist seine letzte. Ein kleiner Theaterskandal *„krönt“* Razums letzte Regiearbeiten. Im Februar 1971 kommt Ernst Tollers »Hinkemann« zur Aufführung, eine – wie Razum schreibt – *„Warnung vor dem Untergang einer von der Gefahr der Selbstzerstörung bedrohten Gesellschaft“*. Die Reaktionen beschreibt Razum so: *„Die ungeschminkte Erinnerung an die verdrängte Vergangenheit erregte bei einem Teil unseres Publikums Wut und Empörung. Ein Ratsherr der damals noch zahlreich vertretenen NPD versuchte, als erster die Vorstellung niederzuschreiben, ein Landtagsabgeordneter, Landrat und Großgrundbesitzer von der Christlichen Union drohte damit, dem Theater die Subventionen zu sperren“*. Bei den Aufführungen des auch gegen den Krieg und Nationalismus gewandten Heimkehrerdrasmas in den 1920er Jahren versuchte die NSDAP die Aufführungen zu sprengen, in den frühen 1970ern mochte das konservative Milieu nicht an den Vaterlands-Mythen gerüttelt sehen. Aber: Um Marxens Bonmot aus dem Brumaire zu bemühen – die konservative Aufgeregtheit ist hier nur noch eine Farce.

Oskar Ansulls These geht dahin, dass der Theatermann gehen musste, weil sein Theater gesellschaftskriti-

scher wurde. Vielleicht ist es ein klein bisschen komplizierter: Das konservative Milieu ist in jener Zeit viel mehr herausgefordert durch das, was sich auf den Straßen abspielt. Deshalb will es Grenzen ziehen und zusätzliche Provokationen gern von der Bühne verbannen. Vielleicht ist es auch einfach zu dumm. Denn eines war Razum gewiss nicht: ein Propagandist von antikapitalistischer Systemveränderung. Eher im Gegenteil.

Razum, 1907 geboren, macht im Nationalsozialismus Karriere. Während seines ersten Engagements als Spielleiter am Aachener Stadttheater (1936-1938) wird er Mitglied der NSDAP, geht dann als Oberspielleiter und Chefdramaturg ans Stadttheater Gießen (1938-1940), wo er mit Kriegsausbruch kommissarischer Intendant wird. 1940 wechselt er als Erster Regisseur ans Schauspielhaus Düsseldorf, um dann sogar im Zuge der kriegerischen Expansion Oberspielleiter am von den Nazis in Den Haag eröffneten Deutschen Theater in den Niederlanden zu werden (1942-1944).

Zweifellos trägt Razum anschließend, zum Beispiel mit seinem Engagement für die Internationalen Theaterwochen der Studentenbühnen ab 1949, zur Aufarbeitung der nationalsozialistischen Vergangenheit bei. Eine wirklich kritische Reflexion fanden Albrecht/Ansull unter den Texten Razums nicht. Zur Zeit, als Eichmann in Jerusalem vor Gericht steht, hielt Razum im Mai 1961 bei den Pariser Theaterfestspielen eine Rede, in der er auf den Nationalsozialismus zu sprechen kam:

„Seit 1930 beherrschte der Nationalsozialismus das öffentliche Leben in Deutschland. Er hat es in wahrhaft mephistophelischer Weise verstanden, auch jene Kreise der deutschen Jugend für sich zu gewinnen, die von hochfliegendem Idealismus erfüllt waren, aber nicht nüchtern genug, um die politische Wirklichkeit richtig einschätzen zu können. Die deutsche Jugend sah sich am Ende des letzten Krieges vor die Tatsache gestellt, dass ihre idealistischen Bestrebungen das Gegenteil von dem hervorgebracht hatten, was sie erreichen wollten. Sie musste erkennen, dass die humanistischen Ideen ihrer besten und schöpferischsten Köpfe von gewissenlosen Politikern pervertiert und für teuflische Zwecke missbraucht worden waren: für die Unterdrückung und Ausrottung von Millionen von Menschen. [...] Sie waren wider ihrer besten Absichten mitschuldig geworden an einem der ungeheuerlichsten Verbrechen der Menschheitsgeschichte.“

Der Nationalsozialismus im Gewand der Tragödie? Das ist der Stand der Auseinandersetzung des deutschen Bildungsbürgertums in den frühen 1960er Jahren – angereichert um ein bisschen Camus. Bei der Durchsicht der Anmerkungen Razums zu den Aufführungen seiner Celler Zeit findet sich die *„Schuldfrage“* dann zumeist in einem existenziellen Rahmen. Deutlich wird diese Haltung auch in einem Text, den Razum 1975 im Zusammenhang mit der Diskussion um die RAF in den »Frankfurter Heften« veröffentlichte. Angelehnt an die Biografie Rolf Pohles, der 1974 u.a. wegen einer juristisch nicht bewiesenen Unterstützertätigkeit für die RAF

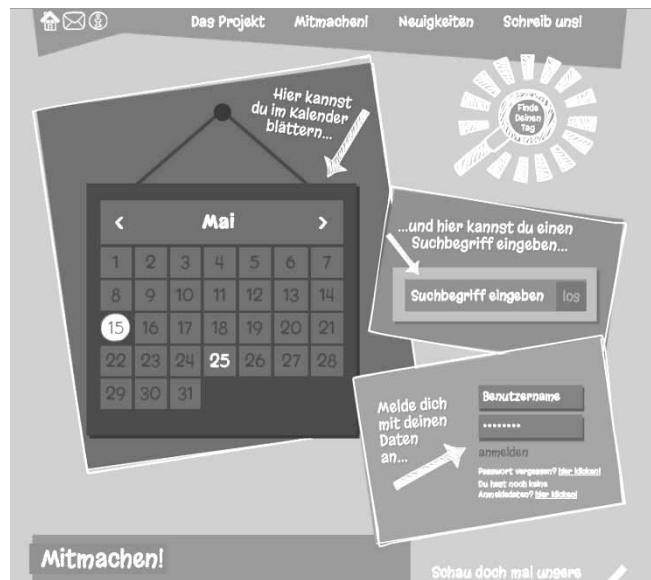
zu sechseinhalb Jahren Gefängnis verurteilt worden war, schreibt Razum eine Erzählung mit dem Titel „*Ich habe einen Mann erschlagen für meine Wunde*“. Das »Kain und Abel«-Motiv aufnehmend, schildert Razum den Besuch eines in Haft befindlichen »Terroristen« durch seinen Bruder. In der Rolle des Bruders finden wir einen resignierten Razum, der meint gelernt zu haben, „*die Welt so zu betrachten wie sie ist, und wie sie niemals anders sein wird.*“ Es ist eine eindeutige Absage an jede Hoffnung auf Befreiung – und jeden Kampf dafür. Die bürgerliche Gesellschaft ist ihm gewissermaßen das Endstadium der Geschichte:

„*Du achtest die Gesellschaft nicht, so wie sie ist. Du glaubst noch immer, dass es möglich sei, eine gerechte Welt auf dieser Erde herzustellen, frei von Sünde, Schuld und Verbrechen. Du jagst noch immer den Idealen nach, die sich schon längst erledigt haben. Was blieb [...] von den Ideen, die noch die Revolution auf ihre Trikolore schrieb? Vom Dreigestirn der liberte, fraternite, egalite blieb nur die letzte übrig, die Gleichheit, Ordnung, das Gesetz. Ob wir es bedauern oder nicht, dagegen rebellieren oder nicht: der gleiche, nicht der freie, nicht der brüderliche Mensch gewann die Revolution. Die menschliche Gesellschaft kann nur existieren, so scheint es, wenn sie die Ungeraden in der Gleichung, nach der sie lebt, gerade macht und alle Bürger auf den gleichen Nenner bringt.*“

Selbstverständlich lässt sich aus der Ausgrenzungs- und Eingrenzungsmechanik der Nationalsozialisten die Lehre ziehen, dass die Verteidigung der bürgerlichen Rechtsordnung einen Eigenwert hat. Aber gleichzeitig gilt auch Anatole Frances Kritik an der „*majestätischen Gleichheit des Gesetzes, das Reichen wie Armen verbietet, unter Brücken zu schlafen, auf den Straßen zu betteln und Brot zu stehlen.*“

Zurück zum Buch: Auch wenn meines Erachtens eine gesellschaftspolitische Einordnung in Teilen zu kurz kommt, ist der neue Doppelband der Celler Hefte wieder ein faszinierendes Stück Zeit- und Lokalgeschichte. Die Kultur findet dabei, was Ansell und Albrecht zu recht kritisieren, viel zu selten Beachtung. Hier haben wir eine Recherche, die die gesellschaftlich spannende Epoche von 1956 bis 1972 aus einer Bühnenperspektive aufblättert. Kunst und Kultur haben unzweifelhaft seit den späten 1950er Jahren ihren Beitrag dazu geleistet, dass und wie sich die gesellschaftlichen Aufbrüche ab den Mittsechzigern entwickelten. Den „*Anstoß von der Bühne her*“, den Razum für seine Arbeit reklamierte, mag das Schlosstheater in dieser Zeit geliefert haben. Denn anders als zumeist heute konnte Theater wohl tatsächlich noch Rede- und Diskussionsanlässe schaffen.

Thorsten Albrecht/Oskar Ansell: *Einladung ins Welttheater. Hannes Razum 1907 - 1994. Intendant des Schlosstheaters Celle von 1956 - 1972. Eine Würdigung, celler hefte 9-10.* Schriftenreihe der RWLE Möller Stiftung, Celle 2013, ISBN 978-3-9813668-4-6, 10 Euro.



Die „Communauten“ - wer sind die denn?

Kürzlich wurde vom Bomann-Museum ein Projekt initiiert, getragen von der Niedersachsen-Stiftung, das unter dem Titel »Finde deinen Tag« Kinder, Jugendliche und Erwachsene dazu aufruft, sich als »Communauten« an der Ausgestaltung eines Online-Stadtcalenders zu beteiligen. (Bestens geeignet auch für Schulklassen und KiGa- Gruppen.)

»Communauten« sind in der Stadt unterwegs mit der Aufgabe, jedem Kalendertag ein besonderes Ereignis, z.B. eine historische, politische oder sportliche Begebenheit zuzuordnen, oder einfach eine Sache, von der jemand meint, sie gehöre unbedingt in diesen Kalender (Woher hat Herzog Ernst der Bekenner seinen Beinamen? Warum wurde die Straße am Neuen Rathaus in »Am Französischen Garten« umbenannt? Warum hat die »Heeringgasse« nichts mit Fisch zu tun, obwohl es da manchmal stinkt? Der Tag, an dem Eintracht Celle den besten Mann dem SV Dicke wegkaufte usw.).

Um dazu nun zu recherchieren, Interviews zu machen und passende Fotos zu knipsen, können sich die »Communauten« an sogenannten »Bodenstationen« eine Reporter-Ausstattung ausleihen, bestehend aus Reporter-Block und Bleistift, Kamera und Digitalrecorder. »Bodenstationen« sind z.B. die Stadtbibliothek und die Touristeninformation im Alten Rathaus.

Wie kommt denn nun mein Beitrag in den Kalender? Einfach auf die wunderhübsche Seite www.finde-deinen-tag.de gehen, sich anmelden und der gut gemachten »Gebrauchsanleitung« folgen. So kann sich der Kalender im Lauf der Zeit Tag für Tag füllen. Der Anfang ist bereits gemacht.



Gibt es einen Weg hinaus?

Nach zwei Regionalkrimis ist im Mai ein neuer Roman von Cornelia Sziget erschienen; Titel: »Oenothera – Es gibt einen Weg hinaus«. Die unter Pseudonym schreibende Celler Autorin stellt sich vor dem Hintergrund der ökologischen und sozialen Krise die Frage, wohin sich die Gesellschaft der Bundesrepublik im Jahr 2035 entwickelt hat. Die Antwort fällt düster aus, aber der Roman entwirft auch ein Gegenmodell. Wir sprachen mit der Autorin.

?: Du hast dein Buch einen »Social Fiction Roman« genannt. Was verstehst du darunter?

!/: Ein Element von Science Fiction sind ja technologische Sprünge. Das finde ich in Filmen wie »Matrix« oder »Terminator« zwar interessant, wichtiger aber ist mir auch bei diesen Filmen, ob und wie über den Blick in und aus einer Zukunft soziale Zusammenhänge vermittelt werden. Dabei geht es um Kritik am Bestehenden im Hier und Jetzt. Deshalb ist der Roman im Jahr 2035 angesiedelt. Das ist nur gut 20 Jahre entfernt. Dann können sich heute sichtbare Entwicklungstendenzen entfalten haben. Und da siedele ich dann meine Fragestellung an: „Gibt es einen Weg hinaus?“

?: Hinaus aus was?

!/: Nur wer die Augen verschließt, nimmt nicht wahr, dass die ökologische Krise ungehindert voranschreitet. Und die soziale Spaltung nimmt zu: Nicht nur in vielen Teilen des Südens, sondern auch in Europa: Spanien, Italien, Griechenland. Meine Frage ist: Wie wird in Deutschland dann reagiert auf die »Überflüssigen«? Welche Formen wird die Ausgrenzung annehmen, aber auch: Welche Experimente, welche Gegenmodelle würden in einer solchen Situation noch Raum finden? Die Frage ist also: Können westliche Konsumgesellschaften einen Weg aus der Sackgasse finden, in der sie stecken?

?: Dein Gegenmodell ist eine subsistenzorientierte Agrarkommune in einem Grenzgebiet. In dieses Niemandsland wurden die »Überflüssigen« ausgegliedert. Das dürfte vom Ansatz für viele Leser_innen nicht gerade attraktiv sein?

!/: Ich hoffe, mir wird nicht unterstellt, agrarromatische Vorstellungen zu predigen. Mir geht es darum, nach Konsequenzen zu fragen, wenn wir tatsächlich ernst nehmen, dass jede_r von uns nur noch einen CO2-Output von zwei Tonnen im Jahr produzieren

würde. Das lässt sich meines Erachtens ohne tiefgreifende Änderungen nicht machen. Es ist ein Abschied vom Konsum. Und es kann sein eine Rückgewinnung des Sozialen.

?: Im Kerngebiet, wie du die Bundesrepublik nennst, haben technokratische Männerbünde eine Kontrollgesellschaft durchgesetzt, die nicht nur Erwerbslose gnadenlos ausgrenzen, sondern auch den Geschlechterkampf für sich entschieden haben. Letzteres überrascht ein bisschen?

!/: Es hat zunächst auch mich überrascht. Schreiben ist bei mir immer eine sehr fließende Entwicklung von Ideen entlang grob angelegter Handlungsstränge. Es gibt ein Bild, das das ganz treffend beschreibt: Es ist wie bei einer Nachtfahrt. Ich weiß, wohin ich will. Aber wann

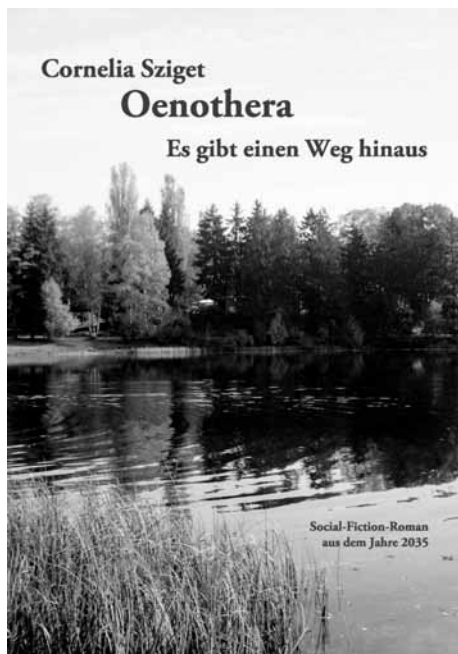
die nächste Abzweigung kommt, erfasse ich erst, wenn sie ins Scheinwerferlicht kommt. Beim Schreiben wurde mir immer klarer, dass weder das Kapital kampfflos auf wachstumsgenerierte Profite verzichten wird, noch die Männer auf ihre jahrhundertalte Macht. Im Angesicht der Krise werden sie genau auf die Strategien setzen, die ihnen bisher immer zum Erfolg verholfen haben. Und das heißt Ausbeutung und Unterdrückung der Natur, der Armen, der Frauen.

?: Wir wollen jetzt nicht tiefer in die Geschichte einsteigen. Aber vielleicht willst du noch etwas zum Titel sagen?

!/: Der Arbeitstitel war lange: »2035 – es gibt einen Weg hinaus«.

Ich wollte dann aber auch etwas symbolisch Rätselhaftes transportieren. Ein Freund schlug »Morgentau« vor und wollte damit eine Assoziation zum Morgenthau-Plan. Aber genau eine solche von außen erzwungene Agrarwende erzähle ich nicht. Es geht um ein freiwilliges Experiment, eine Nische und ihre Möglichkeiten. Oenothera ist der biologische Gattungsbegriff für die Nachtkerze. Und wer diese Pflanze kennt, weiß um die Faszination, die ihr plötzliches Aufblühen bewirkt. Sie ist sehr ausbreitungsstark, was wir ja alle von Prozessen sozialer Gegenmacht erhoffen. Und dass die alten Griechen der Pflanze zuschrieben, mit Wein genossen mache sie die Menschen heiter und wilde Tiere sanft, passt vielleicht auch ins Bild.

Cornelia Sziget: Oenothera – Es gibt einen Weg hinaus. (Edition Winterwork) 2013, ISBN 978-3-86468-460-9, 482 Seiten, 17,90 EUR.



Fußball - Der perfekte Tipp

Dieses Buch mildert die Entzugserscheinungen, die in der Bundes- sowie anderer Ligen Sommerpause auftreten können, erheblich ab:

Andreas Heuer

Der perfekte Tipp - Statistik des Fußballspiels

Ums vorwegzunehmen: Auch nach der Lektüre dieses umfangreichen Buchs ist es mir nicht gelungen, meine Tippgemeinschaft - wir machen zu Viert bei einem Bundesliga-Tippspiel mit - zu besseren Platzierungen zu führen; mit meinen Prognosen lag ich oft ziemlich daneben. Es war sogar so, dass wir die Tipp- Saison 2011/12 deutlich besser abgeschlossen hatten, vielleicht auch, was mich betrifft, weil ich dieses Buch bis dahin nicht kannte und so etwas unbefangener an die Sache gegangen bin.

Heuer, von Beruf Professor für Physikalische Chemie an der Universität Münster, versucht nun anhand verschiedener Kennzahlen die Leistungsfähigkeit einer Mannschaft, als da wären z.B. die Anzahl der geschossenen Tore und der erarbeiteten Punkte, in eine Formel zu bringen, mit der die Ergebnisse möglichst genau prognostiziert werden können.

Besser als geschossene Tore und der Blick aufs Punktekonto einer Mannschaft eignen sich für eine genauere Voraussage des Ergebnisses z.B. das Betrachten der Anzahl der Torchancen, die sich diese pro Spiel durchschnittlich erarbeitete.

Im Geleitwort schreibt Holger Dambeck (Wissenschaftsredakteur bei Spiegel Online): "Das Grundprinzip von Heuers Modell finde ich vollkommen einleuchtend: Es gibt gute Mannschaften und schlechte. Die Guten erarbeiten sich mehr Torchancen als die Schlechten. Ob aus einer Möglichkeit ein Tor wird oder nicht, ist dann jedoch Glücksache. Im Grunde vergleicht er das Tore Schiessen mit dem Werfen von Würfeln: Nur wenn eine Sechs fällt, zappelt der Ball im Netz. Wie oft ein Team würfeln darf, hängt von der eigenen Spielstärke und der des Gegners ab. Damit ist auch klar: Wenn Bayern zwanzigmal würfelt, aber keine Sechs darunter ist, dann kann auch ein Drittligist ein Spiel gegen die Münchener gewinnen. Er braucht bei seinen drei, vier Würfelversuchen, die er höchstens hat, eben etwas Glück."

Heuer rechnet vor: In der Fußball-Bundesliga wird ein typischer Spielausgang zu 86 % durch Zufall bestimmt. In diesem Buch nun geht es vor allem um die übrigen 14%, die nicht Zufall sind und eine Top-Mannschaft von einem Abstiegs kandidaten unterscheiden lassen. Dieses ist möglich durch eine geeignete statistische Betrachtung. Klingt erstmal nach trockener

Lektüre, das Gegenteil trifft zu: Restlos spannend. Heuer: "Viele der Schlussfolgerungen erscheinen dann hoffentlich ähnlich eindeutig wie die tiefeschürfende Erkenntnis vom Bundesligatrainer Reinhold Fanz, dass ganz schwer zu gewinnen ist, wenn man keine Tore macht."

Außer die Spielereignisse als Basis für die Kenngrößen zu nehmen, wird auch beschrieben, wie sehr extern bestimmte Größen informativ bzgl. der Eigenschaften einer Mannschaft sein können, wie z.B. der Marktwert. So wird in Kapitel 4 die Frage gestellt: Schießt Geld viele Tore? Und es werden Alltagsweisheiten des Fußballs geprüft: Gibt es den berühmten "Lauf" einer Mannschaft? (Nein.) Die Leistungsstärke der Vereine ändert sich praktisch nur während der Sommerpause. (Stimmt.) Eine spezielle Heimstärke einer Mannschaft existiert nicht. (Richtig.)



Für alle am Profi-Fußball Interessierten eine unterhaltsame Lektüre - und sie verdirbt keinesfalls den Besuch im Stadion. Ganz im Gegenteil, es ist durchaus eine Bereicherung, die Spiele so, mit den Erkenntnissen des Professor Heuer im Hinterkopf, zu verfolgen. Und wie gesagt, es bleiben weiterhin 86 % des Spielergebnisses vom Zufall bestimmt. Was sich hoffentlich über die Qualität der Stadion-Bratwurst nicht behaupten lässt.

Andreas Heuer: Der perfekte Tipp-Statistik des Fußballspiels, 321 Seiten, Wiley-VCH Verlag, Weinheim, ISBN 978-3-527-33103-1, 24.90 Euro



Wiederentdeckt Zeugnisse aus dem KZ Holzen

Während der Todesmärsche im April 1945 gingen sie verloren, im Sommer 2012 tauchten sie völlig überraschend wieder auf: 200 Häftlingsporträts und Aufzeichnungen aus dem Kommando »Hecht«, einem Außenlager des KZ Buchenwald bei Holzen im Weserbergland. Die Porträts stammen von dem Franzosen Camille Delétang, die handschriftlichen Aufzeichnungen, darunter ein Tagebuch, von seinem Landsmann Armand Roux.

Als das Lager Anfang April 1945 angesichts der anrückenden US Army geräumt wurde, übergab Delétang seine Zeichnungen dem französischen Häftlingsarzt Dr. Armand Roux, weil er glaubte, dass dieser den Todesmarsch in das KZ Bergen-Belsen eher überleben würde. Roux, der ebenfalls als Résistance-Kämpfer ins KZ eingewiesen worden war, steckte die Zeichnungen zusammen mit Dokumenten aus dem Krankenrevier und seinem Lager-Tagebuch in eine Mappe, die er mit sich führte, als der Transportzug am 8. April 1945 in das Massaker von Celle geriet: Nach einem Luftangriff auf den Bahnhof von Celle machten SS und Einheimische Jagd auf flüchtige Häftlinge und erschossen mindestens 170 von ihnen. Roux überlebte, doch in dem Chaos verlor er die Mappe mit den wertvollen Zeichnungen und Dokumenten. Sie galten seither als verschollen. Was Roux nicht wusste: Noch am gleichen Tag fand eine Deutsche die Mappe nur wenige Meter vom Bahndamm entfernt in ihrem Schrebergarten. Ihr

heute 91-jähriger Schwiegersohn übergab die eindrucksvollen Dokumente im letzten Jahr der KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora.

Camille Delétang (1886-1969), der das Konzentrationslager überlebte und nach dem Krieg Präsident der französischen Association Nationale des Anciens Combattants wurde, zeichnete Porträts seiner Mithäftlinge und Szenen aus dem Lageralltag. Recherchen zu den 130 porträtierten Häftlingen ergaben, dass mehr als die Hälfte der Porträtierten die Deportation nicht überlebt haben. Die Zeichnungen sind ihre letzten Lebenszeichen.

Noch bis zum 31. Juli zeigt die KZ-Gedenkstätte Mittelbau-Dora die Zeichnungen in der Sonderausstellung "Wiederentdeckt. Zeugnisse aus dem Konzentrationslager Holzen".

Zur Ausstellung ist ein Begleitband in deutscher, französischer und polnischer Fassung erschienen. Er präsentiert den ungewöhnlichen Quellenfund und zeichnet den Weg der Zeugnisse von ihrer Entstehung 1944/45 über ihren Verlust während des Massakers von Celle bis zu ihrer Wiederentdeckung im Jahr 2012 nach. Ergänzende wissenschaftliche Aufsätze bieten einen vertiefenden Einblick in die Geschichte des Lagers Holzen, der Zeichnungen und der Todesmärsche im April 1945.

Wiederentdeckt. Zeugnisse aus dem Konzentrationslager Holzen, hg. im Auftrag der Stiftung Gedenkstätten Buchenwald und Mittelbau-Dora von Jens-Christian Wagner, 219 S., ISBN: 978-3-8353-1350-7, Göttingen (Wallstein) 2013, 18 EUR

Politische Termine in und um Celle

Mi., 05. Juni, 19.00

Podiumsdiskussion zur Ostumgehung

Bernd-Wilhelm Winkelmann (Nds. Behörde für Straßenbau und Verkehr, Helga Habekost („Im Interesse Aller“ e.V.)

Veranst.: DGB Kreis Celle und der ACE Kreisverband Celle

TUS - Heim Nienburger Str. 28

Do., 06. Juni, 19.00

Was Recht ist und was rechts ist

Systemfehler Verfassungsschutz

Ref.: Friedrich Burschel

Veranst.: Forum gegen Gewalt und Rechtsextremismus und Diakonisches Werk

Kaminzimmer im Urbanus Rhegius Haus (mehr s. S. 20)

Fr., 07. Juni, 19.00

Fleischkonsum in Deutschland als globales Problem

Teilnehmer der Podiumsdiskussion: Ernst-Ingolf Angermann, CDU, Mitglied des Landtages; Eckehard Niemann, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft; Stig Tanzmann, Brot für die Welt; Jürgen Mente, Kreislandwirt; Diskussionsleitung: Diakoniepastor Jochen Grön

Urbanus-Rhegius-Haus, Fritzenwiese 9

So., 09. Juni, 17.00

Bread & Roses (Ken Loach)

Anschl. Diskussion über gewerkschaftliche Organisation im Reinigungs-gewerbe in den USA.

Veranst.: DGB-Kreisverband Celle

Kino 8 1/2

Di., 11. Juni, 18.30

Antiziganismus

Ein Ressentiment zwischen Angst, Verachtung und Neid

Dr. Sebastian Winter

Im Antiziganismus überschneiden sich staatliche Flüchtlings- und Minderheitenpolitiken mit populären Ressentiments: Massenabschiebungen aus

Deutschland und Frankreich in die Nachfolgestaaten Jugoslawiens, pogromartige Ausschreitungen in Ungarn, Slowenien, Bulgarien und Italien, alltägliche Diskriminierungen, versteckt hinter dem politisch korrekten Sprechen von „Sinti und Roma“ - die Kontinuität der gesellschaftlichen Exklusion von „Zigeunern“ ist auch nach der nationalsozialistischen Vernichtungspolitik kaum gebrochen. Neben einem historischen Rückblick auf die lange Geschichte des Antiziganismus steht im Mittelpunkt des Vortrags das schillernde Feind- und Sehnsuchtsbild vom „Zigeuner“ und von der „Zigeunerin“, das sozialpsychologisch auf die ihm unterliegenden Affekte von Angst, Verachtung und Neid hin befragt werden soll.

Veranst.: Rosa-Luxemburg-Club Celle

VHS Celle, Trift 20 (Saal)

Mi., 19. Juni, 18.30

A Foreign Affair

Das Auswärtige Amt und die Judenpolitik im Krieg

Vortrag mit Prof. Dr. Moshe Zimmermann (Jerusalem) Der israelische Historiker ist einer der Autoren der wegweisenden Studie zum Auswärtigen Amt im und nach dem Nationalsozialismus, die heftige Kontroversen ausgelöst hat.

Gedenkstätte Bergen-Belsen

Sa., 22. Juni, 15.00

Demonstration

Gemeinsam gegen die Nazi-Treffen in Eschede

15.00 Treffen am Bahnhof in Eschede und Demonstration zur Kreuzung Am Finkenbusch/Zum Dornbusch

15.20 Kundgebung an der Kreuzung mit Redebeiträgen und Grußworten von Aktiven gegen Neonazis aus Norddeutschland: Bad Nenndorf, Glinde, Jamel etc.

18.00 Staffeltagesdienst, Treffpunkte: Marinesiedlung und Eschede Kreuzung Hermannsbürgerstr./Bergener Str.

Aufruf: Seit Jahren finden in Eschede Treffen von Neonazis unterschiedlichster Couleur statt. Die mehrmals im Jahr stattfindenden Sonnwendfeiern haben

leider schon Tradition. Diese als Brauchtumsfeiern daher kommenden Treffen dienen der norddeutschen Naziszene als sinnstiftende, Gemeinschaft fördernde Zusammenkünfte. Es werden Kontakte geknüpft und gepflegt, Termine und Aktionen abgestimmt, aber auch gefeiert. Das Ganze ist alles andere als harmlos. Die Ideologie der Nazis ist menschenverachtend und absolut nicht zu tolerieren. Auf diese Treffen nicht zu reagieren kommt einem Tolerieren gleich. Dort, wo die Nazis ungestört sind, machen sie sich breit, sie nutzen die Möglichkeit, um neue junge Leute in ihre rechte Weltanschauung und ihr Nazilebensgefühl einzubinden. Durch regelmäßige gemeinsame Naziaktivitäten - ungestört wie hier in Eschede, aber auch öffentliche, wie die ständigen Naziaufmärsche - verfestigt sich die Szene. Wir wollen den Nazis deutlich zeigen, dass wir ihr Treiben nicht tolerieren.

So., 07. Juli, 14.30

„Asoziale“ und „kriminelle“ Häftlinge im Konzentrationslager Bergen-Belsen

Vortrag von Katja Seybold mit anschließendem Gang durch die Dauerausstellung

Gedenkstätte Bergen-Belsen

AUSSTELLUNG

»Fleisch in Maßen - Fleisch in Massen« vom 11. bis 27. Juni 2013 im Neuen Rathaus

Computerbörse

Jeden ersten Sonnabend im Monat öffnet der DRK Ortsverein in der Fundumstraße 1 von 10 bis 12 Uhr die Computerbörse für Hartz-IV-Empfänger_innen. Sie können sich hier Geräte mitnehmen und werden zudem individuell beraten. Gespendet wurden die Computer und Bildschirme von der Stadt, dem Landkreis, von Grundschulen und von privater Hand. Spenden werden daher gerne entgegen genommen. Gesucht werden Rechner, Flachbildschirme, Laptops, Tastaturen und Mäuse. Weitere Infos unter (05141) 37477

Kunst & Kultur

Sa., 08. Juni, 18.00

Streetparade der Stadt Celle

Fr., 21. Juni, 21.00

Freedom Party

CDK, AK 5,00

Sa., 22. Juni, 17.00

»Fritz-Grasshoff-Gassen-Jazz«

Jazz-Klänge aus aller Welt und Texte von Fritz Grasshoff mit der Band Paradowma

Innenhof der Justizvollzugsanstalt, Trift 14, AK 7,00

Sa., 29. Juni, 17.00

»Grüner Pfeffer« mit HORA!

HORA! ... ist das Lebens- und Musikerpaar, das Texte und Lieder direkt ins Mark des Publikums hinein singt und spielt, lacht und weint, spricht und schweigt. Auf Tasten und Saiten, mit Blasebalg und Stimme nimmt HORA! Sie mit auf eine musikalische Reise durch das Leben.

Biedermeierhof des Bomann-Museums, Zugang Stechbahn, AK 7,00

Mo., 01. Juli, 20.00

Wolf Mail

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 06. Juli, 17.0

Gitarrenduo Stoyanova

Mit Raffinesse, Balance und Virtuosität verzaubern Keti Stoyanova und Boyana Robillard ihr Publikum. Das Programm enthält Werke berühmter Vertreter der spanischen und lateinamerikanischen Gitarrenliteratur wie Albeniz, Sor und Granados.

Innenhof der Ritterschaft, Schlossplatz 61, AK 7,00

Sa., 13. Juli, 17.00

»Fairytale«

Die Band um die Sängerin Jasmin Wegener bringt sowohl folkloristische wie auch überraschend moderne Klänge auf die Bühne. Unterstützt von Violine, Gitarre, E-Bass, Keyboard und Percussion, entwickelt diese faszinierende

Stimme zu polyphonen Gesangspassagen eine bestechende Aura irischer Klänge sowie energischere Stücke mit Tanzcharakter.

Alter Posthof Karstadt, Bergstraße 1A, AK 7,00

Fr. & Sa., 19. und 20. Juli

Südwinsen-Festival

Kai Strauss Band (Lengerich), Definition Of Mad Men (Arnhem/Harderwijk, NL), SCHERBEcontraBASS [ex.Ton Steine Scherben](Bredstedt / Freist), Off Limits (Oldenburg), The Wolf (Detmold), Angus (Eifel), Minnie Marks (Crescent Head, NSW, Australien), Die Biertenöre (Berlin / Celle), Paranoid Hendoroid (Münster / Südwinsen), Braunschweig Pension (Die verbotene Stadt), Fire In Fairyland (Celle), Trymmer (St.Pauli), Misfortunes of Mankind (Celle)

www.suedwinsen-festival.de

Sa., 20. Juli, 17.00

Ukulele Friends

Axel Richter (Concert-Ukulele, Sopran-Ukulele), Jochen Küster (Sopran-Ukulele, Sopranino-Ukulele), Stefan Trhal (Tenor-Ukulele), Thomas Duschek (Ashbory-Bass). Von Stefan Trhal im Frühjahr 2012 ins Leben gerufen, hatten die vier Musikliebhaber im Oktober 2012 ihren ersten öffentlichen Auftritt, dem bald weitere folgten. Ihr Programm aus mehrstimmig gesungenen internationalen Pop- und Folksongs, deutschen Volksliedern sowie virtuoson Instrumentalstücken wurde vom Publikum begeistert aufgenommen.

Apothekerhof des Bomann-Museums, Zugang über die Fritz-Grasshoff Gasse, AK 7,00

Mo., 29. & Di., 30. Juli, 20.00

Fowokan (Reggae)

Herzog Ernst, Eintritt frei

Sa., 03. August, 17.00

Trio Macchiato »Orient Express«

Das Trio mit dem heißen Herzen mit Sitz im kühlen Hamburg versteht es, das Komplizierte einfach und das Einfache gehaltvoll zu machen. Die Her-

Ständige Termine

Arbeitskreis "Eine Welt"
jeden Mi. 19.30 Uhr im Weltladen
(Zöllnerstraße 29)

Weltladen Öffnungszeiten:
Mo - Fr: 10-17, Sa: 10 -14 Uhr

Attac-Plenum
jeden 3. Di. im Monat
20.00 Uhr in der Deutschen Angestellten Akademie, Spörckenstr. 63

Forum gegen Atomenergie
jeden 2. Di. im Monat, 20.00
Uhr – Buntes Haus

Umsonst-Laden
jeden Di. und Do, 17.00 –
19.00 Uhr – Buntes Haus

Critical Mass Celle
Jeden 2. Sa. Im Monat., 12 Uhr,
Ecke Neumarkt/Nordwall

Bunt Sozial Gerecht e.V.
Erwerbslosenberatung
Neustadt 52
montags und mittwochs
14:00 – 17:45 Uhr

Buntes Haus Plenum
jeden Donnerstag, 19.00 Uhr,

kunft der Bandmitglieder und ihre vielfältigen musikalischen Interessen (Klassik, Jazz, Tango, canzone, arabische, Film und Zigeunermusik u.a.m.) garantieren einen aufregenden Mix, ganz dem Bandnamen (it.: aufgeschäumt, bunt gesprenkelt) verpflichtet, ein Funken sprühendes Vergnügen für Herz und Hirn.

Garten des Bieneninstituts im Französischen Garten, AK 7,00

Sa., 03. August, 20.00

Bockpalast

Bockelskamp

Mo., 05. & Di., 06. August, 20.00

Tim Mitchell Band

Herzog Ernst, Eintritt frei